Wildcat

Zirkular

Nr. 10 Dezember '94

Inhalt:

3 Editorial
4 Streik bei GEC Alsthom
8 ArbeiterInnenkämpfe in den USA
12 Neues vom Bau
16 Städtebericht Frankfurt
22 Bericht über den "Untersuchungskongreß" in Turin
30 Beschreibung der Politik der USA in Haiti
39 Gewerkschaften in Südkorea
43 Buy Rave
44 Gorleben und kein Castor
47 Kriminalisierung von Opstand (Holland)
49 Criminal Justice und Demobericht
51 Glaasmoor Hamburg - Unruhen im Abschiebeknast
53 Antwort auf die Kritik von Herrn (M)
61 Erwiderung zur Antifakritik
65 Gegen die "Welt der Arbeit" - zur Zirkulardebatte

Kontakte und Abos:
Ost: Sisina, Postfach 360527, 10975 Berlin, Tel.: 030/6121848. **West**: Sisina, Postfach 301206, 50782 Köln / Infoladen Paderborn, Postfach 1334, 33043 Paderborn. **Nord**: Zirkular, c/o St. Pauli Str. 10, 28203 Bremen / Gruppe (Z), c/o Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 37073 Göttingen / Wildcat, Postfach 306325, 20229 Hamburg. **Süd**: Wildcat, VK Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim, Tel. & Fax: 0621/6295271 / Wildcat, Postlagerkarte 172649 E, 79001 Freiburg.
Abos: Wer an der Zirkular Diskussion teilnehmen möchte hat die Möglichkeit eines Abonements. Einzelexemplar 4 DM, 6 Ausgaben 24 DM / Ausland 30 DM. Schriftliche Bestellung an: Sisina, Berlin und Vorkasse an Sisina GbR, Kto.: 31502-109, Postbank Berlin, Blz.: 10010010.

V.i.S.d.P.: P. Müller

Hoffentlich haben wir es geschafft das Dezemberzirkular rechtzeitig vor dem AKMU Treffen an euch zu verschicken. Dieses Zirkular liegt zwischen drei Treffen, bei denen sich Leute aus unserem Kreis beteiligt haben, bzw. beteiligen werden: Hinter uns liegt das Bremertreffen, kurz vor uns liegt das AKMU Treffen, in Turin hat vor 2 Wochen der »Untersuchungskongreß« stattgefunden. Und wir haben in den letzten Wochen und Monaten von verschiedenen Streiks gehört und auch berichtet. Nicht von allen Streiks wissen wir was. Die »kapitalistische Zensur« macht oft die nationalen Grenzen dicht und eine Linke, die für eine europa/weltweite Zirkulation der Informationen sorgt gibt es nur in Ansätzen. Die Treffen und die Kämpfe der ArbeiterInnen haben uns so den Inhalt dieses Heftes vorgegeben:
- wir haben einen Text, der das Treffen in Bremen nochmal diskutiert und den anstehenden Termin versucht vorzubereiten. Ein weiterer Text berichtet von dem Treffen in Turin.
- dann Berichte über die Streiks bei GEC Alsthom in Frankreich, ein Artikel zu Flint in den USA, in den Berichten über das Treffen in Italien finden sich einige Informationen zu Italien. Hinzukommt eine Zusammenstellung der Aktivitäten auf dem Bau.
- Beiträge zum Thema »Antifaschismus«. Eine Kritik zum Bremer Papier im letzten Zirkular und eine Antwort auf die (M) Kritik aus Göttingen.
- außerdem gibt es eine Beschreibung zu den US-Aktivitäten in Haiti, etwas über die Gewerkschaften in Südkorea und ein Demobericht aus London zur Criminal Justice Bill.

Die politisch/organisatorische Linie zwischen den Eckpunkten Treffen, Debatten um Antifaschismus\Rassismus auf der einen und Klassenkämpfe auf der anderen Seite haben wir auch nicht klar. Wir denken aber, daß es Zeit wird mit der Jammerei über das "Nebeneinander" , das "nicht Aufeinander beziehen" der Artikel aufzuhören. Ohne diese Schwäche, die ja hauptsächlich eine politisch\theoretische ist, völlig zu vergessen, können wir ja auch mal den Spieß umdrehen, aus dem Chaos eine Waffe machen!

P.S. *Einsendeschluß für das nächste Zirkular ist der 15.Dezember.*
Die Leute in Berlin und Potsdam werden versuchen fertige Artikel, die später kommen noch zu berücksichtigen, haltet Euch aber trotzdem an den Termin.

P.P.S. Solidarität mit Okocha, Yeboah und, trotz Bedenken, Gaudino.
You`ll never walk alone

Streik bei GEC Alsthom in Frankreich!!

Ein weiterer Mosaikstein beginnender ArbeiterInnenkämpfe!?

Vorgeschichte

GEC-Alsthom wurde 1989 gegründet und ist ein Zusammenschluß der elektromechanischen Abteilung der französischen Alsthom (damals 43.000 Beschäftigte) und der Abteilung Power Systems der britischen Gruppe GEC (damals 42.000 Beschäftigte).
Heute ist GEC-Alsthom in sieben Bereichen aktiv: Elektromechanik, Gas- und Dieselturbinen, Kesselbau, Energietransport, Transport, Industrieausrüstungen, Schiffsausrüstungen.
Der TGV-Superschnellzug ist vermutlich das bekannteste Produkt der Firma. Im Juni 1994 bekam sie den Zuschlag für den Bau eines TGV für Südkorea und steht in Kooperationsverhandlungen mit der kanadischen Firma Bombardier wegen eines 1.215 km langen Eisenbahnprojekts zwischen Quebéc und Windsor (Ontario).

Chronologie des Streiks:

* Juni 93 bis Juni 94: Sozialpläne in 10 Niederlassungen von Gec-Alsthom, vorgesehen sind ungefähr 1.700 Entlassungen; Unruhe in den Werken; gleichzeitig macht Alsthom jede Woche mit ihren Geschäftserfolgen in der Öffentlichkeit auf sich aufmerksam.

* Mitte Oktober 1994: Die CGT verteilt in bei EGT in Bourogne ein Flugblatt, das vorrechnet, daß der für 1995 von der Geschäftsleitung aufgezwungenen Lohnerhöhung von 1,1% eine Nettoprofitsteigerung von 24,6% für 1993 gegenüberstehen. Die Stimmung hatte sich bei EGT bereits seit den Lohnverhandlungen im April 94 verschlechtert.
EGT (European Gaz Turbines) ist eine Tochtergesellschaft von GEC-Alsthom. Dort arbeiten 300 ArbeiterInnen und 250 Angestellte im Kundenverkehr, die Produktion von Gasturbinenelementen läuft -von allen Gewerkschaften abgesegnet- sieben Tage in der Woche. EGT gehört zu den produktivsten Bereichen von GEC-Alsthom.

* 24.10.: ungefähr 60 meist junge Dreher und Kupferschmiede (durchschnittlich unter 30 Jahre), die zu den schlechtesten Löhnen (weniger als 7.000 FF brutto pro Monat) und mit Zeitverträgen arbeiten, blockieren die Tore von EGT-Bourogne. Fast niemand von ihnen ist in einer der Gewerkschaften, die Gewerkschaftskultur ist für sie fremd. Die Gewerkschaftsverantwortlichen sind zum größten Teil seit 15 Jahren dieselben. Die meisten der jungen Arbeiter erleben ihren ersten Streik.
Aus dieser Zusammensetzung des ersten harten Kerns des Streiks erklärt sich auch die Forderung nach 1.500 FF Lohnerhöhung.

Diese Blockade hat direkt ein positives Echo in allen Bereichen von EGT-Bourogne und breitet sich auch nach Belfort aus, wo mehrere Tausend Arbeiter und Angestellte in drei weiteren Filialen von EGT (und damit bei GEC-Alsthom) beschäftigt sind, zeitweise wurde in 10 der 55 über ganz Frankreich verstreuten Niederlassungen gestreikt.

* 26. 10.: Auch die Tore des Hauptwerks in Belfort, 15 km von Bourogne entfernt, werden von Streikposten blockiert.

Der Streik in Belfort

Wir drucken hier ein kurzes Interview über den Streik ab. Der Bericht ist vom 22.11.94, wir ihn vom vom Freiburger »Arbeitsweltradio« bei Radio Dreieckland bekommen und abgetippt. Deren Sendungen gehen zwar meist nicht über das Gejammer wegen der Arbeitslosigkeit und die Forderung nach Arbeit raus, aber immerhin haben sie sich um diesen Streik bemüht. Wir haben es leider noch nicht geschafft hinzufahren.

Sendung vom 22.11.94

Was hat den Streik ausgelöst??

Zunächst möchte ich kurz sagen, über was ich berichten werde und über was ich nichts sagen kann. Ich werde von einem Streik in Frankreich berichten, ich werde jedoch nichts zu den heute stattgefundenen Streiks im öffentlichen Dienst in Frankreich sagen. In Paris, aber auch in der Provinz waren Postler und Beamte bei großen Demonstrationen auf der Straße. Die Metro und die Bahn sind nur sporadisch gefahren.

Ich berichte von dem Streik bei bei der Firmenfruppe GEC Alsthom, eine Firmengruppe, die im letzten Jahr reichlich Gewinne gemacht hat. Ein Firmengruppe die 1989 aus dem Zusammenschluß mehrerer Firmen entstand und die weltweit 77 000 ArbeiterInnen beschäftigt, davon 35 000 in Frankreich. Der Nettogewinn betrug im letzten Jahr 700 Millionen DM bei einem Umsatz von 32 Millionen DM.

Ausgelöst wurde der Streik einfach durch die Situation in der Fabrik. Die Leute arbeiten seit Jahren sieben Tage in der Woche. Die Perspektive für die ArbeiterInnen sieht kurz gesagt schlecht. Seit dreieinhalb Jahren hat es keine Lohnerhöhung mehr gegeben. Es waren die jungen ArbeiterInnen in Belfort die den Hammer hingeschmissen haben, vor das Tor gegangen sind und die anderen ArbeiterInnen in Diskussionen verwickelt haben. Das hat recht schnell eine Lawine ausgelöst. Der Streik begann am 24.Oktober, seit dem 2.November ist die Fabrik besetzt. Immer mehr haben sich angeschlossen, nicht nur in Belfort,

sondern auch in den anderen Fabriken der Firmengruppe in Frankreich. Auslöser war sicher mit das niedrige Gehalt, sehr viele Kollegen verdienen 7000 Franc brutto im Monat, ohne Aufstiegsmöglichkeiten. Das Faß zum Überlaufen gebracht hat auch die Information, daß der Chef der Firmengruppe 2 Millionen Franc im Monat verdient. Die Wut war enorm.

Welche Rolle spielen die Gewerkschaften bei dem Streik, und wie war der bisherige Verlauf?
Die jungen ArbeiterInnen, 20-25 Jahre, sind zum Teil in der CGT, also der kommunistischen Gewerkschaft. Aber es sind auch viele beteiligt, die nicht in der Gewerkschaft sind. Die Gewerkschaft wurde nicht gefragt, es war ein wilder und spontaner Streik. Die Gewerkschaft hat sich dann natürlich eingeklingt, sich an den Diskussionen beteiligt. Aber die Rolle der Gewerkschaften ist in Frankreich anders, als wir das von hier kennen. Man muß wissen, daß nur 10-20 Prozent in der Gewerkschaft organisiert sind. Der Vermittler der dann später eingeschaltet worden ist, hat natürlich mit den Gewerkschaftsvertretern gesprochen, aber auch mit den Streikposten, die vor dem Betrieb standen. Der Streik hat sich schnell ausgeweitet, am 5.November fand eine große Demo mit 5000 ArbeiterInnen in Belfort statt, »Belfort mort« ist das genannt worden. Alle Geschäfte haben dicht gemacht, um sich mit den ArbeiterInnen zu solidarisieren. Dann hat die Direktion ein Spaltungsangebot gemacht. 300 Franc für alle Gehälter unter 7000 Franc, 200 Franc für alle Gehälter zwischen 7000 und 7500 und eine einmalige Prämie von 1500 Francs. Aber das wurde auch von der Gewerkschaft abgelehnt.

Wie passt der Streik in die monentane politische Situation in Frankreich?
Denen passt das natürlich gar nicht. Die Gewerkschaften haben ja in der letzten Zeit still gehalten, von Ausnahmen abgesehen. Bei AIR France waren sie ja recht erfolgreich gewesen. Ansonsten haben sie mitgemacht bei der Argumentation, daß die Leute froh sein sollen, wenn sie überhaupt Arbeit haben. Ein Totschlagsargument, mit dem natürlich die ArbeiterInnen still gehalten werden sollten. Aber an diese Parole wollten die ArbeiterInnen nicht mehr glauben. Gerade in Belfort, einer Stadt mit 7000 ArbeiterInnen. Außerdem sind im nächsten Frühjahr Präsidentschaftswahlen, insofern wäre eine Ausweitung der Streiks unpassend. Die Regierung gibt es nicht offen zu, aber sie hat ein großes Interesse an der Beendigung des Streiks.

Wie sieht die aktuelle Situation aus??
Der erste Vorschlag ist wie schon gesagt, abgelehnt worden. Jetzt hat der Vermittler einen neuen Vorschlag gemacht, der etwas besser ist. Es hat eine Abstimmung im Betrieb gegeben, eine Art Urabstimmung. Das Ergebnis ist ganz knapp gewesen, 54 Prozent haben sich für eine Wiederaufnahme der Arbeit

entschieden. Wir müssen das vor dem Hintergrund sehen, daß der Streik schon seit fünf Wochen läuft, viele ArbeiterInnen bekommen keine Streikunterstützung und wer sie bekommt, bekommt wenig. Außerdem ist in fünf Wochen Weihnachten, die Leute können einfach nichts mehr bezahlen. Da sind die Leute gespalten. Nach Informationen, die ich vor einer Stunde erhalten habe wird noch immer gestreikt. Die Streikposten stehen noch.
Laß mich zum Schluß noch zwei Arbeiter zitieren, die den Streik mit initiiert haben. Der eine ist 23 Jahre alt, er verdient 5400 Franc Netto im Monat. Davon gehen 1600 im Monat für einen Autokredit drauf, 1500 Franc gehen an die Eltern bei denen er wohnt, 900 für Autoversicherung und Steuer. Bleiben ihm 1000 zum Leben. Er sagt, er kann nicht mal seine Freundin zum Essen einladen.
Ein anderer erzählte, daß die Geschäftsleitung immer im Betrieb rumlaufen würde. Die tauchen an den Arbeitsplätzen auf und lassen Sprüche wie »Na, sie rauchen ja schon wieder, haben sie nix zu tun?«, »Wenn sie damit fertig sind, gehen sie rüber in die andere Abteilung und helfen dort aus«, »Kommen sie am Samstag zum arbeiten«...
Die Leute hatten einfach die Schnauze voll. Diese Firmengruppe macht für alle erkennbar unglaubliche Gewinne. Dann gab es noch eine Parteispendenaffäre dort. Und dies alles vor dem Hintergrund, daß in Frankreich gerade gegen über 100 Manager ermittelt wird. Also eine Menge Skandale.

Woher hast du deine Informationen?
Leider war ich noch nicht dort gewesen. Ich höre seit einer Woche regelmäßig Radio, schaue französisches Fernsehen und lese die regionalen und überregionalen Zeitungen. Hier in der BRD bekommen wir ja gar nichts über den schließlich nur hundert Kilometer entfernten Streik mit.

Nachtrag - Wie ging es weiter?
Am 29.11. gingen die Verhandlungen weiter. Diesmal sollte es auch um die Bezahlung der Streiktage gehen, wobei die Leitung des Betriebes eine harte Linie fuhr, die Verhandlungen wurden zunächst ohne Ergebnis abgebrochen.
Am Donnerstag, den 1.12., ist es dann doch zu einer »Einigung« gekommen. Knapp über 50 Prozent stimmten für die Annahme des Angebots der Firmenleitung. Eine einmalige Prämie von 1500 Franc für alle, 500 Franc mehr Lohn für die niedrigeren Lohngruppen, 300 Franc mehr für die anderen. Dieses Angebot ist nur wenig besser als das erste Angebot. Was die Bezahlung der Streiktage angeht, darüber wissen wir leider nichts. Das Abstimmungsergebnis war also wieder sehr knapp, um die 2000 stimmten gegen den Abbruch des Streiks. Bereits am ersten Tag der Wiederaufnahme der Arbeit ist es wieder zu Unruhen gekommen. Die Gewerkschaft hat für Montag, den 5.12.94 eine Betriebsver-

sammlung angesetzt.
Wir werden versuchen am Ball zu bleiben, auch direkte Informationen erhalten.

Wieder eine Spur von Arbeitermacht?

Streiks in der amerikanischen Automobilindustrie

Der Streik vom September 94 in den Buick-Werken von General Motors in Flint, Michigan, ist nicht der einzige Streik in der amerikanischen Automobilindustrie. Es ist aber der erste große Streik seit Jahren, der in kurzer Zeit erfolgreich ist.

Flint '94

Über die aktuelle Lage der US-amerikanischen Arbeiterklasse ist schon viel berichtet worden. Die Einkommen befinden sich auf dem Niveau der 60er Jahre; Löhne und Gehälter sind noch stärker gefallen; dafür hat sich der relative Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung deutlich erhöht und die durchschnittliche Arbeitszeit lag Anfang der 90er bei knapp 50 Stunden in der Woche.
Alle sind von dieser Tendenz betroffen - vom Ingenieur bis zur Verkäuferin. Die AutomobilarbeiterInnen standen und stehen nicht am unteren Ende der Skala. Jedenfalls alle die nicht, die noch direkt bei den "großen Drei" beschäftigt sind. Sie werden im Allgemeinen von einer Gewerkschaft vertreten, haben Anspruch auf ein paar Tage Urlaub, auf Rente und Krankenversicherung. Aber die Gewerkschaftsbosse haben sich in den 80er Jahren wie in den besten Zeiten weiter selbst bedient und die Situation durch Übernahme der Firmen-Vorschläge in die Tarifverträge gerettet: Flexibilisierung, Schichtarbeit, Erhöhung des Arbeitstempos, zweigleisiges Lohnsystem .Das letztere meint, daß Neueingestellte weniger Geld und soziale Sicherheit kriegen. Noch im September letzten Jahres, also schon im Aufschwung der Automobilkonjunktur, hat die UAW (Automobilarbeitergewerkschaft) einer Senkung des Anfanglohnes auf 70% (100% nach drei jahren) zugestimmt. Die IUE (Electronic Workers) erlaubt GM in einem Zulieferwerk gar, die Leute für 55% des normalen Lohns einzustellen (100% nach 12 Jahren).
Darüber hinaus haben die Automobilkonzerne bestimmte Teile der Produktion

und der Belegschaften aus dem relativen Hochlohnbereich herausgezogen: durch Verkauf von Komponenten- Fabriken, durch Beschäftigung von Zeitarbeitern, durch Verlagerung von Fabriken vor allem nach Mexiko. Im Prinzip kennen wir das alles auch hierzulande; aber, wie oft, war auch diese Entwicklung in den USA umfassender und brutaler. Mehr als 300.000 Arbeitsplätze haben auf diese Art und Weise allein in der Automobilindustrie ihren Ort und/oder ihre Form gewechselt. GM hat seit 1986 keinen einzigen Produktionsarbeiter oder Produktionsarbeiterin mehr neu eingestellt und dabei 150.000 Namen von der eigenen Lohnliste gestrichen.
Es gab vereinzelt Widerstand dagegen. Vor allem in Kanada gelang es hin und wieder, in den Transplants (Gemeinschaftsfabriken von amerikanischen und japanischen Autofirmen) die schlimmsten Flexibilisierungsvorhaben zu verhindern. So setzten die ArbeiterInnen im Oktober 92 im CAMI-Werk (GM und Suzuki) in Ontario neben höheren Löhnen durch, daß das Anhalten des Bandes mittels des Andon-Seiles nicht mehr bestraft werden darf. Aber auch im Norden Mexikos, den Maquiladoras, wo die Kapitalisten billige und willige Arbeitskraft gefunden zu haben glaubten, gab es Streiks, Fabrikbesetzungen und Versuche, unabhängige Gewerkschaften aufzubauen. In dem Maß, wie die Arbeitshetze, die Arbeitszeit und die moralische Unterdrückung zunahm, die Löhne sanken und seit 92 die Konjunktur wieder anzog, stieg offensichtlich die Wut der ArbeiterInnen. Das fand selten spektakulären Ausdruck; aber selbst im weltberühmten Gruppenarbeitsmusterwerk NUMMI (GM/Toyota) gab's am 3.8.94 den ersten Streik (wenn auch nur für zwei Stunden in der Nachtschicht).
Ein durchaus indirektes Indiz für die langsame Änderung der Stimmung ist der zunehmende organisatorische Erfolg einer oppositionellen, "demokratischen" Strömung in den Gewerkschaften. Diese Strömung kämpft gegen allzu freches Selbstbedienen der alten Bonzen und gegen allzu offensichtliche Zusammenarbeit mit den Kapitalisten "im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit" - weil klar ist, daß so die Gewerkschaften nicht zu retten sind, deren Organisationsgrad ohnehin auf das Nachkriegstief von 16% gesunken ist. Neben einigen kleineren Industriegewerkschaften, die schon seit längerem ganz zu dieser Strömung zu rechnen sind (OCAW - Öl, Chemie und AtomarbeiterInnen; UE - Elektriker u.a.), hat sie vor allem in den beiden größten Gewerkschaften Einfluß gewonnen: bei den Teamsters stellt sie zur Zeit den Präsidenten, in der UAW hat sie unter anderem die Mehrheit im Local 599 in Flint, Michigan.

Der Streik

Die Geschichte des Streiks ist schnell erzählt - er hat auch "nur" 5 Tage gedauert. Es ging nicht um Geld, sondern um Arbeitstempo und Unfallzahlen, ausufernde Überstunden im Autoboom und einen (für amerikanische Verhältnisse)

extrem hohen Krankenstand von fast 10%. Er umfaßte nicht alle GM- Werke in Flint, aber immerhin 25 Fabriken mit insgesamt 11500 ArbeiterInnen: den "Buick-Komplex". Der Streik war in jeder Hinsicht erfolgreich. Organisatorisch gut vorbereitet gab es kaum Streikbrecher; die Werke standen innerhalb "von Minuten" nach Streikbeginn. Tausende beteiigten sich an den Streikposten oder anderen Streikeinrichtungen wie Gemeinschaftsküche, Pressearbeit, mobilen Einheiten.
Schon am zweiten Streiktag mußte GM zusätzlich zwei Montagewerke in Lansing, Michigan, schließen. Aufgrund des "Just-In-Time"- Zuliefersystems fehlten die Teile. Am fünften Streiktag standen weitere 5 Montagewerke und zwei Fabriken der Getriebeherstellung. Die Medien, auch das wieder etwas Neues, berichteten breit über den Streik.
Durchgesetzt wurde unter anderem die (Wieder)Einstellung von insgesamt 779 ArbeiterInnen, davon 212 als Lehrlinge; die Zurückgabe von Wartungsarbeiten an "eigene" Handwerker; ein Rehazentrum für verschleißerkrankte ArbeiterInnen.

Andere Streiks: z.B. Caterpillar
Es war nicht so, daß in den 80ern und frühen 90ern überhaupt nicht gekämpft wurde. Es gab erbitterte Auseinandersetzungen in verschiedenen Bereichen. Aber diese Kämpfe blieben immer weitgehend isoliert; was vor allem die weitgehende Mißachtung durch die Medien und "die Öffentlichkeit", aber auch tatsächlich die schwache Solidarität insgesamt meint - und oft natürlich auch die Nichtunterstützung oder gar Sabotage durch die Gewerkschaftsführungen. Und sie hatten es mit Kapitalisten zu tun, die keinen Deal suchten, sondern die Streiks zu brechen versuchten. Sie dauerten oft monatelang, ja jahrelang und endeten durchweg in Niederlagen oder mehr als faulen Kompromissen. BASF-ArbeiterInnen in Louisiana waren 4 Jahre lang ausgesperrt; PapierarbeiterInnen in Maine streikten fast ein Jahr lang, während die Fabrik voll weiterlief mit LeiharbeiterInnen; ArbeiterInnen der Fleischfabrik Hormel gingen sogar daran, eine eigene Gewerkschaft aufzubauen, nachdem die Gewerkschaftsführung die lokalen StreikführerInnen mithilfe der Gerichte abgesetzt und den Streik für illegal erklärt hatte. ArbeiterInnen in der Getreidefabrik Staley in Decatur, Illinois, sind seit Juni 93 ausgesperrt. Insgesamt sank die Zahl der größeren Arbeitsunterbrechungen aufgrund von Arbeitskämpfen mit mehr als 1000 Teilnehmern 1992 auf den tiefsten Stand seit 1947, seit diese Daten von der Bundesregierung erhoben werden.
Traditionellerweise hatte die UAW mit John Deere und Caterpillar die gleichen Verträge abgeschlossen. Caterpillar war 1992 nicht mehr damit einverstanden, ermutigt durch Siege in Schottland, wo sie 1987 eine 103-Tage-Fabrikbesetzung überstanden hatte und in Kanada, wo ebenfalls eine Fabrikbesetzung durch Produktionsverlagerung beendet wurde. Die Gewerkschaft ging in Streik. Es

ging um Arbeitsplatzsicherheit, nachdem Cat seit Anfang der 80er fast ein Drittel der Belegschaft abgebaut hatte. Cat heuert Leiharbeiter, gewann Streikbrecher und drohte, alle Streikenden zu entlassen. Nach 5 Monaten gaben die ArbeiterInnen auf. Cat setzte sein Angebot in Kraft, was z.B. für einige Leute in Colorado oder Pennsylvania Lohnkürzungen um mehr als die Hälfte bedeutete.
Viele von den StreikaktivistInnen setzten den Kampf am Arbeitsplatz weiter fort. Viel ist darüber (leider) nicht bekannt geworden; wir wissen nur, daß die Losung "Arbeit nach Vorschrift" ausgegeben wurde und Cat einige KollegInnen feuerte, weil sie z.B. GewerkschaftsTshirts oder Buttons während der Arbeit trugen, oder Leute disziplinierte, weil sie Gewerkschaftsmaterial offen im Auto liegen hatten. Diese Unternehmenspolitik "trieb die Leute in die Reihen der angeschlagenen Gewerkschaft zurück", wie Business Week tadelnd vermerkte. Die Empörung der Leute läßt sich auch daran ermessen, daß seit jenem Streik 8 Wildcat-Streiks (so werden dort "wilde" Streiks genannt) in verschiedenen Cat-Fabriken stattgefunden haben. "Es ist schwer, die Leute zurückzuhalten", meinte vor kurzem ein Gewerkschaftsfuzzi.
Seit dem 22. Juni streikt die UAW in allen 10 Standorten. 13000 sind im Streik. Wieder gibt es Streikbrecher (Cat sagt 4000, die Gewerkschaft spricht von 2000) und Cat versucht, die Produktion aufrechtzuerhalten. Es wird möglicherweise wieder ein langer Streik; der Ausgang ist offen. Einerseits setzt Cat auf die Zunahme der Zahl der Streikbrecher, vor allem auf die Alten, die Angst haben, ihre Rente zu verlieren (70% (!) werden in den nächsten 5 jahren in den Ruhestand gehen). Andererseits gehen die Geschäfte, anders als 92, aufgrund des billigen Dollars so gut, daß Cat schon vor dem Streik Lieferschwierigkeiten hatte. John Deere hat es inzwischen ebenfalls abgelehnt, den alten Vertrag zu verlängern und will Zugeständnisse im Stile von Caterpillar.

Arbeitermacht?

In Amerika erinnern sich die KollegInnen an den historischen Sitzstreik in den Chevrolet- Fabriken von GM in Flint im Jahre 1936. "Ein Arbeiter der Buick-Fabrik beklagte sich: 'Du must zur Toilette und wieder zurück rennen. Wenn du mal austreten mußtest und niemand da war, um dich zu ersetzen, mußtest du im Laufschritt vom Band weg und hast trotzdem das ganze Band aufgehalten. Und wenn du eine Stockung verursacht hattest, wurde dir die Hölle heißgemacht.'" Wegen Gruppenarbeit würde heute wohl kein Band mehr wegen so was stehen bleiben. Aber sonst hätte das Zitat, das von 1936 stammt, auch von 94 stammen können. Es belegt eine Gemeinsamkeit der beiden Streiks: es geht nicht ums Geld, sondern um die Arbeit. Und es ging damals wie heute um Themen, die weit jenseits dessen liegen, was eine Gewerkschaft in Tarifvertäge schreiben kann. Die tägliche Unterdrückung, die Entwürdigung am Band, die Macht der Chefs. 1934/35 gingen der großen Flint-Fabrikbesetzung viele kleine und große Streiks voraus; die damals noch junge UAW versuchte die Arbeite-

rInnen zurückzuhalten, ohne Erfolg. Möglicherweise war es diesmal ein klein wenig ebenso: Die Wildcat-Streiks bei Cat deuten ebenso daraufhin wie der hohe Krankenstand bei GM (Krankenstände haben wenig mit Gesundheit, sondern immer was mit Stimmung zu tun!).
Aber es gibt auch deutliche Unterschiede. Obwohl es auch 1936 schon einen Produktionsverbund der verschiedenen Fabriken gab, macht erst das moderne Just-In-Time die großen Konzerne so empfindlich gegen Störungen aller Art und wird gegebenenfalls zum Just-In-Strike.
Und etwas anderes fällt ins Auge: waren es in den 30er Jahren junge, dynamische Arbeiterschichten, die mit der Radikalität ihrer Kämpfe das System erschütterten (das dann einen Weltkrieg brauchte, um sich davon zu erholen), machen die Akteure von heute einen eher gesetzten Eindruck. Die Belegschaften der alten Fabriken sind selbst überaltert, nicht nur bei Cat. Aber vielleicht haben die streikenden Baseballprofis, die ArbeiterInnen von Cat und anderen und vor allem die ArbeiterInnen von Flint mit ihrem erfolgreichen Quickie der Einsicht, daß wir nur kriegen, was wir uns holen, wieder eine Bresche geschlagen.

Ludwigshafen, 29. November 1994

Bundesweite Razzien gegen Bauarbeiter

Schon seit längerem gibt es immer wieder Meldungen vom Bau im Zirkular. Es scheint einer der Sektoren zu sein, in denen es schon seit längerem gärt, überall liest und hört man von Schwarzarbeit und illegalen Arbeitern auf dem Bau, und es ist ein Bereich, in dem Leute aus dem Zirkularkreis Initiativen gestartet haben. Am 9. November wurden in mehren Bundesländern Kontrollen auf Baustellen durchgeführt, allein in NRW wurden 170 Baustellen gerazzt, 200 von 1000 gefilzten Kollegen hatten keine Papiere. GenossInnen aus Berlin, Paderborn und Potsdam schickten Notizen über die Box. Wir haben die einzelnen Meldungen zusammengefaßt, das meiste ist Pressemeldungen oder Flugis aus den einzelnen Regionen entnommen.
Für das AKMU Treffen am 9.12.94 sollten sich alle die betreffenden Texte oder Flugblätter nochmal vornehmen!!

Die westdeutsche Bauwirtschaft hat anscheinend in den letzten Jahren ein Wunder der Produktivitätssteigerung vollbracht. Seit 1988 ist die Zahl der fertiggestellten Wohnungen von 208 000 auf 432 000 im vergangenen Jahr geklettert. 1994 ist ein weiterer Anstieg auf mehr als 500 000 zu erwarten. Dagegen ist die Zahl der Beschäftigten nur um etwa zehn Prozent gestiegen. Auf die Frage, wer all die zusätzlichen Wohnungen gebaut hat, glauben die baugewerblichen Verbände in Nordrhein-Westfalen eine klare Antwort zuhaben: »Das Plus an Wohnungen muß von Billigstanbietern mit Dumpinglöhnen und illegalen Werkvertragsarbeitnehmern erstellt worden sein«. Die baugewerblichen Verbände beklagen nicht, daß auf deutschen Baustellen soviel Ausländer beschäftigt werden. Diese würden dringend gebraucht. Nicht akzeptabel sei jedoch, daß diese zum großen Teil zu Dumpinglöhnen ("Es gibt viele unterschiedliche Arbeitssituationen, die einen arbeiten für 3-4 DM die Stunde, englische »Scheinselbständige« kriegen von ihrem Schlepper 20DM") und ohne eine angemessene soziale Absicherung beschäftigt würden. Nicht nur die osteuropäischen Werkvertragskontingente machen dem Baugewerbe schwer zu schaffen. Seit Öffnung der Binnenmarktgrenzen in der EU habe auch der Zustrom von Arbeitnehmern aus den EU-Mitgliedstaaten ausgesprochen stark zugenommen. Die Verbände sprechen von einer "Invasion" vor allem aus Portugal, aber auch aus England, Griechenland und den Benelux-Ländern. Zum Teil würden sich diese als Selbständige oder als Mitgesellschafter ausgeben, um so Steuer- und abgabenfrei arbeiten zu können. So habe ein niederländisches Unternehmen eine Briefkastenfirma in England gegründet und über diese arbeitslose englische Bauarbeiter angeheuert. Diese würden dann aufgefordert, sich eine Sozialversicherungsbescheinigung als Selbständige für 5,5 Pfund zu beschaffen. Mit diesen »Selbständigen «schließe das holländische Unternehmen nach ihrer Ankunft auf dem Kontinent einen Nachunternehmervertrag ab, kassiere die Sozialversicherungsbescheinigung und vermittele sie an deutsche Baufirmen. So könne es vorkommen, daß eine Mauer von drei Bauarbeitern hochgezogen werde, von denen jeder »selbständig« sei. Diese »Selbständigen« müßten in Deutschland keine Abgaben zahlen. Für ihre Arbeit würden sie wöchentlich von einem Vertreter des holländischen Unternehmens in bar entlohnt.

Auch in Paderborn gab es am 9. November Razzien auf Baustellen. "An der Cheruskerstraße in Paderborn entstehen derzeit drei Mehrfamilienhäuser nebst Tiefgarage. Gestern kontrollierten die Beamten der Arbeitsgruppe "Bekämpfung der illegalen Beschäftigung Zoll" des Hauptzollamtes Paderborn die Großbaustelle mit polizeilicher Unterstützung. Es wird gegen rund 20 »Scheinselbstständige« aus Großbritannien und einen Arbeitslosen, der im Leistungsbezug steht und auf der Baustelle arbeitet, ermittelt. Das Gelände wurde, als die Arbeiter ihre Frühstückspause gerade beendet hatten, von mehreren Einsatz-

fahrzeugen der Polizei und vom Hauptzollamt abgeriegelt. Jeder Arbeiter mußte seinen Sozialversicherungsausweis vorzeigen und sich gegenüber den Beamten ausweisen. Eine Gruppe von rund 20 Arbeitern sind britische Staatsbürger, wie die Kontrolle ergibt und allesamt "Selbständige", wie sie sagen. Die Beamten wollen ihre Verträge und Pässe sehen - Fehlanzeige. Der Zoll behauptet, "bei deutschen Arbeitern gibt's meistens bei unseren Routinekontrollen keine Beanstandung"; das eigentliche Problem seien die britischen Wanderarbeitern. Sie geben sich als "selbständig" aus mit äußerst difizilen Kontrakten in England, zahlen hier keine Lohnnebenkosten und sind von daher, trotz bester Verdienste für den einzelnen, immer noch billiger als deutsche Arbeitnehmer. Es wird ganz schnell via Landesarbeitsamt in England geprüft, ob alle diese Firmen ordnungsgemäß eingetragen sind,

Aber was passiert eigentlich auf dem Bau?

In Deutschland arbeiten 1,4 Millionen Bauarbeiter aller Nationen mit "legalem Status", dazu kommen 200-300000 Werksvertragler und laut Gewerkschaft mehrere tausend illegale ohne soziale Absicherung. Viele Illegale leben in Baucontainern oder in Pensionen, 4 Leute auf einem Zimmer und das kostet noch richtig Kohle. Es wird oft 13 Stunden am Tag sechs mal in der Woche gearbeitet, die eh schlechten Sicherheitsmaßnahmen werden gar nicht mehr eingehalten. Da werden Malocher durch ganz Europa geschickt, die Polen können wieder nach Hause, weil die britischen und portugiesischen Kollegen dank der Europäischen Union mit weniger rechtlichen Problemen ausgebeutet werden können. Aber nicht nur Illegale und/ oder ausländische Bauarbeiter arbeiten für einen Hungerlohn auf Westbaustellen, auch Ostdeutsche gehen für n'Appel und n Ei bei uns auf Montage, meist bei Leihfirmen. Nach der Wende wurden inder EX-DDR 600.000 Bauarbeiter auf die Straße gesetzt, bis jetzt sind ca. 100000 wieder eingestellt. Wenn man »zu Hause« keine oder nur schlecht-bezahlte Arbeit bekommt arbeitet man woanders halt für'n relativen Scheißlohn. Der Staat nutzt diese Situation genauso aus, bei öffentlichen Bauvorhaben wird das billigste Angebot ermittelt, dieses Unternehmen bekommt dann den Zuschlag, obwohl jedes Kind weiß, daß dieses Angebot nur mit schwarz Beschäftigten möglich ist. Dieselben Typen, die diese Aufträge angenommen haben, schicken ab und zu die Bullen und das Zollamt zu Razzien auf Baustellen.
Paradox? Der Staat hat prinzipiell gar nix gegen ausdauernde, billige Malocher. Nur wenn nicht ab und zu mal kontrolliert wird, stehen die illegalen Arbeiter ja nicht mehr so unter Druck. Und wer Angst haben muß, hops genommen zu werden, stellt bestimmt keine Forderungen nach mehr Lohn und kürzerer Arbeitszeit. Über die massenhaften Schwarzarbeit neben der "normalen" Arbeit regt sich ja auch kein Schwein auf, da gibt's keine Razzien, schließlich verdie-

nen die Unternehmer zusätzlich. Die legalen Arbeiter, die nebenbei was dazu verdienen, kann der Staat mit seinen Kontrollen ja auch nicht schocken.

Aus Paderborn gibt es ein paar Fragen für den Baubereich:
Vielleicht können wir das zusammen genauer ausarbeiten und dann versuchen, Material, Berichte usw. zusammenzubringen und ne »Untersuchung militant machen" - was ist Boom und Krise auf dem Bau, welche Funktion hat der Bauboom, während alles andere mehr oder weniger kriselt, ne Art Auffangbekken für Umstrukturierungsopfer?
Was wird in den nächsten Jahren aus dem Boom? Welche Chancen ergeben sich?
- Monopolisierung und Selbständige, HochTief schluckt alles, Briten arbeiten als "Ein-Mann Betrieb". Ist das Gespenst des »Hollywood-Kapitalismus« auf dem Bau schon real?
- ein Blick auf die Geschichte der Bauwirtschaft, wie hat sich die Arbeit verändert (z.B. nach den Weltkriegen)?
- Rolle der IG BSE, gewerkschaftlicher Einfluß im Vergleich zu anderen Industriezweigen?
- Streiks und Kämpfe auf dem Bau, alltägliche Kampf-, Klassenzusammensetzung auf dem Bau (z.B. Migration, welche Arbeiterschicht usw.)
- Qualifizierung, Tendenz zur weiteren Aufspaltung? Veränderungen in der Ausbildung.
- Arbeitszeitveränderung (auch im Zuge der SWG - Politik)
- neue Fabrik und Bau, gibt es Parallelen in der Entwicklung (der schlanke Bau)?
- Technisierung (Roboters) als Möglichkeit der Kontrolle über Bauproletariat?
- Arbeitsorganisation (Kolonnenarbeit u.a.)
- Bauarbeit international (z.B. die militanten KollegInnen aus Griechenland)
- Bau und Rassismus

Dann die ganzen Fragen, wo wir in Zukunft Möglichkeiten für Kämpfe sehen, wie wir darauf reagieren können. Die Praxis von Flugblätter verteilen und Bauarbeitertreffen hat momentan sicherlich ihre Grenzen. Gibt es noch Bauarbeiter in der Linken Verwesung?

Dies alles sind Fragen natürlich für das AKMU-Treffen am 9.12. - wir empfehlen auch noch das Buch "Marmor, Stein und Computer" von Gerd Syben (Hg.) ISBN 3-89404-339-3. FFm 29.11.94

Städtebericht Franfurt

KLEINE RÜCKSCHAU: 1 JAHR ANGESTELLTENGRUPPE

KRACAUER, »NEUES AUS DER ANGESTELLTENWELT«; DAS PAPIERLOSE BÜRO - ERFAHRUNGEN; SELBSTÄNDIGE ARBEITERINNEN; ARBEITSZEITMODELLE; FORDISMUS - TOYOTISMUS; SABOTAGE; EXISTENZGELD

- Theoretische und praktische Ursprünge der Gruppe:
Bereits 1929 hat Siegfried Kracauer eine Untersuchungsarbeit über die Angestellten geleistet, die Angestellten aus dem neuesten Deutschland:
»Seit einiger Zeit hat sich in Deutschland, vor allem in Berlin, eine junge radikale Intelligenz entwickelt, die in Zeitschriften und Büchern heftig und gleichförmig gegen den Kapitalismus auftritt...«.

In San Francisco erscheint die »Processed World«, in Turin »Bancarotta«, in Hamburg schreibt Martin Rheinländer »Making the networking class«.
Und in Frankfurt entsteht nach dem Bankenstreik 1992 die Idee einer Gruppe. Seit über einem Jahr treffen sich nun ein Programmierer, ein Bankangestellter, ein Facharbeiter aus einer Entwicklungsabteilung und ein ehemaliger Büroangestellter bei einer Nachrichtenagentur. Was sind Angestellte? Wie bestimmen wir den Begriff? Gibt es einen Unterschied zu ArbeiterInnen? In neueren Tarifverträgen wird von Beschäftigten gesprochen. Der Kündigungsschutz wurde gesetzlich angeglichen. Das Betriebsverfasungsgesetz sieht bis heute vor, daß im Betriebsrat ein Arbeitervertreter sitzt, auch wenn die Arbeiter in der Minderheit sein sollten.

- Die Diskussion um das papierlose Büro
Das wird nicht kommen, aber viele Druckerzeugnisse werden verschwinden: Lexikas, Handbücher und ähnliches auf CD Rom. Das hat massive Auswirkungen auf die Branchen.
Das papierlose Büro: Rationalisiert EDV oder bläht es das Büro auf?
Ziele und Praxis sind oder können sehr unterschiedlich sein. Inwieweit ist die Technik zum Nutzen der Beschäftigten einsetzbar? Könnte eine Befragung der Angestellten zu diesem Thema bei ihnen Gedanken anregen? Vermehrter Zwang für Angestellte mittels Computer andere Tätigkeiten zu übernehmen, die z.B. Sekretärinnen überflüssig machen. Neue Programme sind meist erstmal offen für alle AnwenderInnen. Zugriffsbeschränkungen werden erst später eingeführt und dan gilt trotzdem: probieren.
Einführung der gleichen Abrechnungssoftware in vielen Betrieben. Konzentration auf drei große Anbieter. Vor allem SAP. Das ist nicht nur ein Rechnung- und Finanzprogramm, sondern dient auch zur Steuerung von Produktionssystemen. Z.B. wird derzeit bei Braun angefangen, dieses einzuführen. Niemand kennt sich aus. Der Umbau soll innerhalb von fünf Jahren stattfinden. Wir werden das beobachten und gegen März eine Veranstaltung dazu planen.
Generationsfrage: Heute kann einer ohne Fach- aber mit Computerwissen, zwar unten in der Hierarchie stehen, aber in der Abteilung sehr wichtig sein; morgen jedoch wird das nicht mehr der Fall sein, weil alle sich mit dem PC genug auskennen werden.

- Probleme der »selbständigen Arbeit«
von Sergio Bologna (Soziologieprofessor in Mailand)
Zunehmendes »outsorcing«, die »Profitcenter« führen auch in der Angestelltenwelt zu den sogenannten »selbständigen Arbeitern«. Eine Auswirkung ist die zunehmende Konkurrenz, das »Dumping«. Die Auslagerung von Wissen kann aber auch zu mehr Macht der »Selbständigen« führen. Vor allem aufgrund von Zulieferschwierigkeiten, kein schneller Zugriff auf bisher vorhandenes menschliches Know How bei Produktionssteigerungen.... Der Zwang zur Selbständigkeit hat durch den Zusammenschluß von KollegInnen zu Consultingfirmen geführt. Das, was Sergio Bologna mit "Wissen auslagern" meint, hat den SpezialistInnen neue Macht gebracht. Manchmal soweit, daß sie in direkter Konkurrenz zur ehemaligen Firma stehen.
Betriebsversammlungen, klassische Gewerkschaftsarbeit kann es hier nicht mehr geben. Neben Streiks werden sich andere Formen von Kämpfen entwikkeln. Die Gewerkschaften interessiert Internationalismus überhaupt nicht. Eine verallgemeinbare Kommunikationstruktur der isolierten ArbeiterInnen wurde nicht gefunden. CB Funk und Kneipen für Fahrer von Taxen und LKW's, aber sonst?. Die Telekommunikation, die Sergio Bologna erwähnt, kann nur für die, die mit Computer arbeiten, in Frage kommen.

- Arbeitszeitmodelle
Warum sollen nicht wir bestimmen, wann wir in die Firma gehen? Warum soll die Flexibilisierung dem Betrieb überlassen werden? Das Personalbüro einer Firma hat die gestellte Forderung nach 24 Stunden Gleitschichten abgelehnt. Das Leben heute, vor allem in der Großstadt, richtet sich nicht nach Tag oder Nacht oder Wochenenden. Viele wollen zu diesen Zeiten arbeiten. Frage ist, wie wird (die Arbeitsleistung) kontrolliert, entlohnt, und welche Zwänge können entstehen, wenn z.B. ein Abteilungsleiter mit 48 aufhören will, bis dahin 10 Stunden täglich abreißt und das auch von den anderen verlangt? Die neuesten Tarifverträge mit Jahresarbeitszeit sind zum Nachteil der Angestellten, weil die Firmen bestimmen, wann und wie lang eine arbeiten muß. Oft ist damit auch der Wegfall der Kernarbeitszeit verbunden.
Stechuhren werden oft als angenehm empfunden, weil sie feste Zeiten darstellen. Ohne Stechuhr wird mehr gearbeitet, egal ob als feste oder free Lance...
In Frankfurt fand eine Veranstaltung mit Martin Kempe zu Gorz statt. Es ging um dessen Thesen der Reduzierung der Arbeitszeit; z.B in dem Sinn, daß Männer weniger und Frauen mehr arbeiten könnten. In unserer Diskussion ging es um die Solidarität unter Angestellten. Schlecht bezahlte Teilzeitarbeit ist Frauenarbeit. Von der Frage der Arbeitszeitreduzierung kamen wir am Beispiel der Hoechst AG schnell auf Entlassungen und die mangelnde Solidarität der Angestellten zu denen, die in der Produktion arbeiten. Konkret ging es um die Tablettenproduktion, die ausgelagert wird. Die Umstrukturierung bei der Hoechst wird ein weiteres Thema für uns sein.

- Thema Fordismus - Toyotismus
Bei diesem Treffen beschäftigten wir uns mit der Gegenüberstellung des Taylorismus mit der Lean Production, Stichworte sind:
Arbeitsteilung - Gruppenarbeit
Bürokratisierung - Eigenverantwortung
Mensch als notwendiges Übel - Mensch = Humankapital
Lean Management ist billigere qualifizierte Arbeit. Allgemein führt mehr Ausbildung zu weniger Lohn/niedrigere Position in den Betrieben. Eine neueingestellte Ingenieurin verdient z.B. weniger in der Entwicklungsabteilung als früher. Langjährige Angestellte werden entlassen (3.000 bei FIAT), weil auch sie nicht mehr das Lohn/Leistungsverhältnis im Sinne der Firma erfüllen.
Auch wurde die Übertragbarkeit des japanischen Modells auf die europäischen Verhältnisse diskutiert. Nur bei Toyota existiert zum Beispiel ein System der Hausbetreuung/verkaufs und Forschungswissen. Wobei selbst in Japan wegen des Zusammenbruches des Verkehrs wieder weggekommen wird von den »Rollenden Materiallagern« und das »Just in Time Prinzip« geändert wird. Gerade mit einer Abfindung entlassene ArbeiterInnen werden wieder eingestellt, und bei neu gebauten Fabriken werden die Zulieferfirmen gleich räumlich inte-

griert. Lager werden nicht als Lager deklariert, sondern die Produkte werden als verkauft deklariert, damit das Konzept stimmt. Andere Beispiele wie Benetton und deren System von zentraler Verwaltung bis zu den Klamottenläden wurden besprochen. (Kurzer Artikel in der "Solidarischen Welt" NR 145)
Und dann gibt es immer wieder weitere neue Managementstrategien mit klangvollen Namen wie z.B. Business Reengineering. Hier geht es nicht mehr darum, etwas zu verschlanken, sondern zu fragen, brauchen wir die Dienstleistung oder den Produktionszweig überhaupt? (siehe Zirkular 3).
Die Diskussion könnte unter dem Aspekt der Weiterentwicklung der verschiedenen Managementmethoden und der völligen Kooperation der Gewerkschaften weitergeführt werden. Kann der Ausstieg aus Arbeitgeberverbände auf Betriebsebene ausgenutzt werden?

- Sabotage
Dieses Thema wurde im wesentlichen unter folgenden Aspekten besprochen:
Was ist überhaupt Sabotage, welche Aktionen sind bisher schon gelaufen und wo liegt der gesellschaftspolitische Unterschied zwischen kollektiver und individueller Sabotage.
Nach einigen Veranstaltungen haben wir den Versuch unternommen, Texte von Leuten zu bekommen, die Sabotage ausgeübt haben.
In Anlehnung an eine erneute Untersuchungsarbeit über Sabotage und Streiche in den USA, die im High-Tech Bereich stattfinden soll, haben wir für unsere Idee die Fragen übersetzt.
In den USA wird dies über E-Mail von jmittel@students.wisc.edu im Internet betrieben:

1. Beschreibe den Arbeitsplatz an dem deine Aktion stattfand. Arbeitest Du noch da, und wie lang warst du bereits dort vorher beschäftigt?
2. Beschreibe die Situation in der deine Aktion ablief.
3. Beschreibe deine Aktion.
4. Was war die unmittelbare Reaktion? Wenn möglich, wie wurde es von Vorgesetzten, KollegInnen aufgenommen?
5. Was waren die längerfristigen Auswirkungen? Gab es Bestrafungsaktionen gegen Dich oder Andere. Änderungen im Betriebsablauf, Änderungen deines Jobs oder des eines anderen und weitere längerfristige Auswirkungen.
6 Wurde sie (die Sabotage) durch Druck von oben ausgelöst? Wenn ja, wie?
7. Wie lange ist das alles her? Wie siehst Du es heute, war es es wert, oder hatte es negative Auswirkungen für Dich?
8. Wenn es noch mehr Aspekte gibt, schreib sie auch auf.

Wir haben einige Gegensatzpaare zusammengestellt, an denen entlang ebenfalls ein Bericht verlaufen könnte:

allein - gemeinsam mit anderen
Ersatz - Verstärkung von Auseinandersetzung (z.B. kurz vor einem Streik)
jeden Tag ein wenig - der dicke Knall
»sinnlos« (»künstlerisch«) - eigennützig
»unsozial« (z.B. falsche Teile in Geräte einbauen) - sozial

Der Bericht sollte nicht viel mehr wie eine Seite lang sein.
Alle Angaben werden anonym behandelt, Rückfragen aber unsererseits möglich..

EINE ERSTE GESCHICHTE.....

Nachtarbeit in der Kantine der Post

Die Kantine gehört nicht mehr der Post, sondern ist einer Catering Firma verpachtet. Innerhalb der letzten Jahre wurde bereits viermal der Pächter gewechselt. Die Kollegin Marta arbeitet schon seit acht Jahren nachts hier. Sie entkommt damit ihrem Eheman und den zwei fast erwachsenen Söhnen.
Die Arbeit selbst ist relativ locker. Die Vorarbeiterin, die von Tagesschichten genervt ist, taucht sehr selten und dann nur kurz vor dem Arbeitsbeginn um 21 Uhr 30 auf. Die Arbeit dauert ofiziell bis 2 Uhr nachts, also 4 1/2 Stunden; das mal fünf sind 22,5 Stunden die Woche.
Da es keine Postkantine ist wird nicht der Posttarif gezahlt, sondern der von der NGG, also ca. 10 DM Stunde brutto. Nur mit dem Nachtzuschlag kommt man auf ca. 1300 Dm Netto. Das ist etwa das gleiche, wie die PostarbeiterInnen nachts bekommen.
Marta hatte ein Motto: die Postler sind auch Arbeiterinnen, also werden sie gut bedient. Sie saß an der Kasse und gemeinsam bereiteten wir von halb 10 bis 10 das Essen vor. Die Kantine war von 10 bis halb 2 offen. Der Hauptandrang war zwischen 3/4 elf und 12 Uhr. Bratwurst, Ketchup, Frikadelle oder Fleischküchle, wie der schwäbsche Kollege sagte. Die Teller randvoll, die abgelaufenen Produkte umsonst, Brötchen vom Morgen ebenfalls. Und die Reste nach Hause. Nur die Reste? Kann man bei Lammkeulen widerstehen? Am Anfang packte ich nur die gleiche Menge an Joghurt ein wie Marta. Dann mehr, ohne daß sie es sah. Bei den Lammkeulen sah sie es, staunte und ab dem Tag war alles klar.
Die Fußballweltmeisterschaft in Italien stand an. In der Post arbeiten jede Menge Italiener. Eines Abends stand ein Fernseher in der Kantine und die Pause wurde länger und länger.
Trotz allem Spaß langte es Martha trotzdem, daß öfters wichtigste Güter wie z.B. Pommes fehlten. Meist wegen der blöden Vorarbeiterin, die nix auf die Reihe kriegte. Wir mußten improvisieren. Sie kündigte, als sie einen besseren Job bei der Bundesbahn bekam. Die nächste Kollegin, Silvia, war eine Rumänin.

Sie war zwar ganz nett, aber ehrgeizig und hatte nicht das gleiche gute Verhältnis zu den Postlern. Das zu dem Lohn die Naturalien gehören, hat sie trotzdem schnell verstanden.
Da ich in Urlaub fahren wollte, mußte ich leider krank werden. Nach der Krankheit wurde ich von meinem schönen Job versetzt und sollte nun das Essen zwischen den Kantinen herumfahren. Vollzeit. Im Gegensatz zu den Kantinenfrauen waren die sieben Fahrer völlig unsolidarisch untereinander und schwärzten sich gegenseitig an. Lang blieb ich hier nicht. Ich wurde wieder krank. Nachdem ich die ganze Zeit, obwohl ich Vollzeit arbeitete, nur halben Lohn bekam, ging ich zum Arbeitsgericht. Auch, weil weder mein Krankfeiern auf sie Eindruck gemacht hatte, noch von den Kollegen was kam. Mittels Gericht holte ich mein Geld zurück,trotz müdem Gewerkschaftsanwalt.

- Mindestsicherungsforderungen: Existenzgeld, Bürgergeld, Negative Steuer...
Seit den 80'igern gibt es die Forderung, sowohl von Vertretern der liberalen Ökonomie (Milton Friedman), wie auch von der Frauenbewegung und Erwerbslosen- und Jobbergruppen. Die Ziele sind allerdings sehr unterschiedlich. Während erstere die Armut besser verwalten wollen und die Arbeitsmarktsituation weiter prekarisieren wollen durch z.B. die Mindestrente, wollen Frauen eine vom Mann unabhängiges Einkommen, daß gleichzeitig einen Mindestlohn darstellt. Schlecht bezahlte (Teilzeit-) Arbeit soll bekämpft werden. Die Erwerbslosen- und Jobbergruppen wollen Reichtum dadurch neu verteilen und wollen das kapitalistische Ausbeutungsystem in Frage stellen.
Indirekter Lohn, wie z.B. Nulltarifforderungen und ähnliches sollen einen Weg dahin aufzeigen. Derzeit wird aber leider bestenfalls diskutiert. Und deswegen ist die Gefahr, daß sich die Modelle der liberalen Ökonomen durchsetzen, recht groß. So lang müßten andere Forderungen und Kämpfe stattfinden. Wir kamen auf die Pflegeversicherung in Konkurrenz zu ambulanten Diensten. Die Gerüchte, daß bei der Pflegeversicherung 1800 Dm pauschal für BetreuerInnen bezahlt wird, warf einige Fragen im Verhältnis zu den ambulanten Diensten auf. Wir wollen eventuell mit denen dazu eine Diskussion führen.

FFM November 1994

Bericht zum Turiner Untersuchungs-Treffen

(siehe Einladung im Zirkular 8)

Etwa 40 Personen nahmen Samstag und Sonntag (19. und 20. November) in Turin an diesem Treffen teil. Es waren GenossInnen aus der damaligen wie aus heutigen Bewegungen anwesend. Gemeinsam war ihnen das Interesse an der militanten Untersuchung, ansonsten sind sie sehr unterschiedlich: Wissenschaftler, StudentInnen, GenossInnen innerhalb oder außerhalb der Gewerkschaft organisiert, usw.

Samstag nachmittag fand der geschichtliche Teil statt
Roberto hielt ein ausführliches Referat über die Kämpfe in der Bielleser Textilindustrie 1959-75. Seine Ausführungen begannen mit einem Abriß über die Geschichte des Proletariats in dieser Gegend, dessen Kampftradition bis in die 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts zurückreicht. 1959 führten sie ohne Gewerkschaft einen langen erfolgreichen Streik und hatten lange Zeit eigene Organisationsstrukturen. Dann schilderte er die Zusammenarbeit der kleinen Gruppe, der er angehörte und die in Verbindung mit den "Quaderni Rossi" in Turin stand, mit den ArbeiterInnen von Biella: wie sie gemeinsam Marx lasen, Flugblätter und Arbeiterzeitungen herstellten. Von dieser Industrie, die jahrzehntelang hochwertige Wolle verarbeitete, ist heute fast nichts übriggeblieben.
Liliana Lanzardo, die ebenfalls schon zur Redaktion der "Quaderni Rossi" gehört hatte, berichtete, in welchem Zusammenhang die "Arbeiteruntersuchungen" damals durchgeführt wurden, wie die Zusammenarbeit, bzw. der Bruch mit Gewerkschaften und Parteien aussah. Sie berichtete über die Schwierigkeiten an Fiat-Arbeiter dranzukommen, weil die Gewerkschaften sich nicht für diese Fabrik interessierten, die Arbeiter für unpolitisch hielten. Und sie räumte mit einigen Mythen über die "Conricerca" auf: sie hätten ganz normale Untersuchungen gemacht, nur in kleineren Betrieben habe es eine stärkere Beteiligung der ArbeiterInnen an der Untersuchung selbst gegeben. Kurz vor Beginn der 68er-Bewegung löste sich die Gruppe, die mehrere Abspaltungen erlebt hatte, ganz auf. (Es hat nicht viel Sinn, wenn wir jetzt aus dem Gedächtnis versuchen würden, die Beiträge nachzuerzählen. Sie waren so spannend und präzise, daß wir sie komplett in einer Thekla zur Militanten Untersuchung veröffentlichen werden.)

Das Überraschende war, daß in mehreren Redebeiträgen betont wurde, daß es gerade heute notwendig sei, wieder solche Untersuchungen zu machen. Es gab auch mindestens zwei empfehlenswerte Neuerscheinungen, die sich mit der Arbeiteruntersuchung der 60er Jahre befassen und auf dem Büchertisch reißenden Absatz fanden:

Montaldi, Danilo: "Bisogna sognare" - Scritti 1952-75, 628 S.
Panzieri, Raniero: "Spontaneità e organizzazione" - Gli anni dei "Quaderni Rossi" 1959-64, Pisa, 140 S.
Das Dokumentationszentrum Luca Rossi aus Mailand hat eine Liste aller lieferbaren Bücher und Broschüren zu diesem Thema erstellt, die an Interessierte verschickt werden kann. Es sind antiquarische Juwelen dabei, wie z.B. Reprints der "Quaderni Rossi". (*Wer sich dafür interessiert, kann sich die Liste bei uns bestellen - er/sie sollte aber damit rechnen, daß wir ihn/sie anhauen, bei der Zusammenstellung und Übersetzung für das geplante TheKla zu helfen. Also: meldet euch massig!!*)

Am Sonntag vormittag sollte die Diskussion über Untersuchungen in der Sozialen Rechten stattfinden. Da weder die römischen GenossInnen da waren, die das hätten einbringen sollen und daraufhin auch von uns kein Beitrag vorbereitet worden war, referierte S. aus dem Centro Sociale Gabrio in Turin über ihre Erfahrungen im Stadtteil San Severio im Kampf gegen eine Initiative der Lega Nord gegen ImigrantInnen im Viertel. (Wir haben später ein Interview gemacht, aus dem wahrscheinlich in der nexten Wildcat, die im Januar erscheint was veröffentlicht werden wird.) Zur Zusammenarbeit mit ImmigrantInnen vertrat er die These, daß ein gemeinsamer Kampf nur möglich sei im Bruch mit den traditionellen Community-Strukturen, die solch ein Zusammenkommen verhinderen würden.
Anschließend fand eine teilweise wirre Diskussion sowohl um Stadtteilarbeit, historische Erfahrungen mit der italienischen Migration nach Amerika, als auch das Recht auf Bildung für MigrantInnen statt.

Sonntag nachmittag stellten wir noch kurz das Buch von K.H.Roth vor, das eigentlich bis zum Treffen vollständig übersetzt hätte sein sollen, um über die darin steckenden Thesen diskutieren zu können. Leider lag nur etwa ein Drittel des Textes schriftlich vor: die letzten Kapitel. An eine systematische Diskussion war deshalb nicht zu denken.
Wir teilten uns dann in die beiden vorgesehenen Arbeitsgruppen.
1) zur modernen Fabrik
Leider war die Zusammensetzung sehr heterogen, die Leute hatten einen sehr unterschiedlichen Arbeitshintergrund: viele LehrerInnen, Dozenten, ein Bankangestellter, ein Student, aber auch zwei Arbeiter aus einer Chemiefabrik. Auch weil in Italien solche Arbeitsgruppen an sich nicht üblich sind, war die Diskussion recht stockend. Die Beiträge bezogen sich wenig aufeinander. Das Einleitungsreferat versuchte nochmal einen Rückblick auf die Kämpfe der letzten Jahre und teilte sie in drei Kategorien ein: Bewegungen gegen Kürzungen am Wohlfahrtsstaat; Kämpfe einer Branche/Berufsgruppe mit oft korporativem Charakter; Kämpfe wie in Crotone, wo sich vom Bischof bis zum Bürgermeister

alle mit den Arbeitern der von Schließung bedrohten Fabrik verbünden und es recht gewalttätig wird. Ein anderer Beitrag schilderte die neuen Veränderungen der Arbeitsorganisation im Bankensektor: gebraucht wird heute der polyvalente Bankangestellte, der sämtliche Arbeiten ausführen kann. Das Verhalten der Beschäftigten liegt zwischen der Angst, abgehängt zu werden, Anpassung und hoher Beteiligung an den Tarifstreiks (80%) - wobei einige allerdings sofort die ausgefallenen Stunden in Überstunden wieder reinholen. Außerdem gibt es eine Tendenz zur Verbetrieblichung der Auseinandersetzungen.
Wir machten den Vorschlag einer Untersuchungsarbeit in den modernen Fabriken. Dazu gab es auch prompt ein paar Fragen, die aber nicht für alle interessant waren. Wir berichteten über neue Entwicklungen in der Gruppenarbeit, die Zunahme der Arbeitshetze, kleine lokale Streiks und die Brüchigkeit des Just-in-time-Systems, was von den italienischen Kollegen bestätigt und mit einem kleinen aktuellen Beispiel belegt wurde: Während der Überschwemmungen im Piemont standen einige Fiat-Bänder still und die ArbeiterInnen wurden nach Hause geschickt, weil eine einzige Fabrik die Rückspiegel für den gesamten Fiat-Konzern herstellt und die Verbindungsstraße zu dieser Fabrik durch die Überschwemmung beschädigt wurde; bereits nach wenigen Stunden gab es an den Montagebändern keine Rückspiegel mehr!
Außerdem gab es noch Beiträge zur Schwarzarbeit, die besagten, daß die Kürzung der Sozialleistungen nur möglich seien, weil es in Italien viel Beschäftigung an den Steuern vorbei gibt: als kürzlich FIAT Hunderte von Kurzarbeitern wieder zur Arbeit rief, kündigte die Hälfte von ihnen sofort - sie hatten längst Schwarzarbeit gefunden und doppelt kassiert. D.h. auch: die Kurzarbeit ist eine Bedingung für niedrige Schwarzlöhne. Bei einer Untersuchung könne es deshalb nicht nur um die Beschäftigten gehen, es müssen auch die abhängigen Selbständigen berücksichtigt werden.

2) Das Thema der anderen Gruppe war die Untersuchung der immateriellen Arbeit; sie wurde von der Zeitschrift Klinamen geleitet.
Auf dem Zirkulartreffen in Freiburg wurde mir klar, daß es im Moment nicht möglich ist den Begriff "immaterielle Arbeit" gründlich zu diskutieren. Das liegt vor allem daran, daß Quellentexte, z.B.von Toni Negri, einer der geistigen Väter des Begriffs, noch nicht ins deutsche übersetzt sind. Desweiteren muß ich anmerken, daß es wieder aufgefallen ist, wie wenig wir die Zirkulartexte ernst nehmen und diskutieren. Im Zirkular Nr 2 stand der Artikel "Kapitalismus und Hausarbeit" und in diesem die Unterüberschrift S 45 "Materielle Hausarbeit überformt die immaterielle" Dazu hat niemand sich geäußert.

Trotzdem werde ich nun schreiben wie ich immaterielle Arbeit verstehe und warum ich in Turin in die Arbeitsgruppe dazu gegangen bin.
Immaterielle Arbeit wird von der Zeitschrift "Klinamen" nicht nur als geistige

Arbeit, wie z.B. Modebranche oder Werbebranche verstanden, sondern das Wissen und die Kommunikation wird als das Entscheidende in jeder Art von Arbeit gesehen. Die Kommunikation nimmt überhaupt eine zentrale Rolle in ihren Thesen ein. So schlagen sie in ihrer Nr 2 Nov 91 in "Lavoro intellettuale oggi" (Intelektuelle Arbeit heute) eine Untersuchung vor:

I) Hypothesen für eine Untersuchung
Ehemalige Funktion der intelektuellen Schicht: Reproduktion der Ideologie der Arbeitskraft. Alle Figuren außerhalb der unmittelbaren Produktion.
Heute ist sie Teil der Produktion und hat die intelektuelle Arbeit im Sozialen zerstückelt. Die Produktion selbst kann nur materiell sein.
Doch die Produktion ist unvorstellbar ohne die Verbindung mit dem Immateriellen: dem Wissen. Wissen ist sozial verbreitet: sowohl unter dem einstigen Intellektuellen, als auch unter den ArbeiterInnen der informatisierten und automatisierten Fabrik.

II) Orte der Untersuchung
Junge StudentInnen, weil die StudentInnen seit 68 ihre Sozialisation außerhalb der kapitalistischen Produktion stehend sehen.
a) Information, Massenkommunikation (TV, Zeitungen)
b) Marktuntersuchung
c) wissenschaftliche Forschung (Natur- und Geisteswissenschaften)
d) Organisation der Produktion (Ausbildung der Meister)

III) Die Methode
Fragebögen, bzw die Ziele müßten mit den Untersuchten besprochen werden. Sie sind keine soziologischen Objekte, sondern Subjekte.
Die Ergebnisse müssen für ihr Alltagsleben brauchbar sein.

IV) Behandelte Themen
a) Geschichte der Befragten. Getätigte Studien, Arbeiten.
b) Derzeitige Arbeit. Bedingungen, Beziehungen zu KollegInnen sollen exemplarisch an einer Geschichte dargestellt werden.
c) Motivation in der Wahl der bestimmten Arbeit(Unterstützung durch Familie, Freunde, ökonomische, politsche Gründe)
d) Verhältnis zur Pantherbewegung; allgemein zur Politik und kollektivem Verhalten. Exemplarische Beschreibung der Inhalte, Motive anhand einer Begebenheit.
e) Zukunftsvorstellung und Erwartungen...."

Tatsächlich haben sie außer einem übersetzten Bericht von kämpfenden Fernsehleuten in Frankreich und einem Bericht von StudentInnen, die als JobberInnen bei der Volkszählung arbeiteten, nur sich selbst als StudentInnen unter-

sucht.
Alle Untersuchungen sind schon eine Weile her und ich war auf Turin gespannt.

In Turin auf dem Operaismus-Treffen sollte in einer Diskussion mit "Klinamen" über die Untersuchung bei StudentInnen, Prekären und im Bereich der immateriellen Arbeit geredet werden.
Es stellte sich bald heraus, daß "Klinamen" über dieses Stadium hinaus sind. Das ergab sich aus dem Frust mit der Untersuchung und ihrer Erwartung der politischen Intervention, die sich allerdings hauptsächlich auf die StudentInnen beschränkte. Theoretisch wurde das Abrücken von Untersuchung nicht erwähnt, aber aus anderen Quellen wurde bekannt, daß sie als Anhänger Negris Philosophie, dessen Schritt weg von der militanten Untersuchung nachvollzogen. Negri selbst hat im Pariser Raum Untersuchungen zum Krankenhaus und zu Fernsehangestellten durchgeführt. Das ist in der französischen Zeitschrift "Future Anterieur" nachzulesen. Negri hat nun festgestellt, daß genug Wissen über die Sektoren vorhanden wäre und die Untersuchung beendet werden könnte. Sowohl bei Negri, als auch bei "Klinamen" kommt nicht heraus, was, außer Philosophie, die politisch praktische Absicht des Ganzen sein soll.
"Klinamen" hat ihr Erscheinen eingestellt. Als letztes kamen gemeinsame Ausgaben mit "Derive Approdi" aus Neapel heraus. Einige wollen nun eine italienische Version von "Future Anterieur", namens "Futuro Anteriore" herausgeben. Der Vortrag von "Klinamen" war hauptsächlich philosophisch. Die Kritik daran bezog sich auf den Ansatz. Neben Klinamen Redakteuren waren auch StudentInnen aus Turin anwesend. Einige von ihnen waren als Jobber bei der Volkszählung eingestellt. Die Jobber organisierten sich damals in verschiedenen Städten an der Frage der Arbeitsbedingungen. Von anderen Interventionen konnten die Anwesenden nicht berichten. Auch nicht von Ideen.
Ich habe versucht, den Negri-Ansatz vom "Gesellschaftlichen Arbeiter" bis hin zur immateriellen Arbeit zu kritisieren und dabei aber auf die Wichtigkeit einer Untersuchung in den Bereichen, die sie selbst mal vorschlugen, hinzuweisen. Ich hätte alles vorher in italienisch schreiben und als Text einbringen sollen. Ich erwartete aber irgendwelche Ideen und politische Praxis von ihnen. Die Untersuchung, die vor drei Jahren die GenossInnen der Bankkollektive der San Paolo durchzogen, hab ich eingebracht und nicht sie. Genauso die Kämpfe der Pony Express (Mofakuriere). Insofern hab ich leider keine Anworten bekommen.
Mir schien der Veranstalter zu optimistisch gewesen zu sein, was das Interesse der torineser StudentInnen an Intervention etc anbetrifft.
Vielleicht wären Interviews mit kämpfenden Angestellten beim privaten, oder staatlichen Fernsehen interessanter gewesen. Vielleicht.

Die Diskussion um immaterielle Arbeit interessierte mich nicht wegen der Theorie, sondern wegen der angenommenen Praxis der Untersuchung in den ver-

schiedenen Branchen.
Die Rolle der Kommunikation interessiert mich im Hinblick auf die verschiedenen Möglichkeiten technischer Art sich zu organisieren. Dabei fällt auf, daß der Begriff Kommunikation sehr oft auf Technik reduziert wird, Funk, Telefon, Fax, etc. Eine Diskussion um Kommunikation im allgemeinen Sinn wäre bestimmt angebracht. Wie zB die These: Es gibt keine Entwicklung von neuen Maschinen mehr, die gegen die Arbeiter eingesetzt werden; so kann nur noch die Kommunikation gegen die Arbeiter eingesetzt werden.

Einschätzungen
Das Treffen endete etwas zerfasert ohne Abschlußplenum. Zur aktuellen Situation wurde auch nichts gesagt, das hätte den Rahmen wahrscheinlich völlig gesprengt. Gebracht hat es vor allem etwas auf informeller Ebene: es waren eine Reihe interessanter Leute aus anderen Städten und Ländern anwesend, so daß weiterer Austausch vereinbart werden konnte.
Die Veranstalter werden eine Doku herausgeben bzw. die Sachen im nächsten Collgamenti/Wobbly veröffentlichen, allerdings nicht vor Frühjahr.
Wir haben mit vielen Leuten über die laufende Mobilisierung gegen die Rentenreform und das Haushaltsgesetz diskutiert und auch einige Interviews gemacht:
- mit einem alten Militanten der Autonomia über Arbeiteruntersuchung,
- mit Schülern einer in "Selbstverwaltung" übernommenen Mittelschule in Turin,
- mit zwei Arbeitern und Gewerkschaftsdelegierten, die im Settimo, einem Industriegebiet an der Peripherie von Turin, arbeiten: bei L'Oreal und einem Zulieferbetrieb für FIAT. Beide hängen mit der linksgewerkschaftlichen Zeitschrift ALT zusammen (Vereinigung von Turiner Arbeiterinnen und Arbeitern)
In weiteren Geprächen haben wir über die zig Spaltungen innerhalb der Autonomia gesprochen. In den autonomen Radiosendern wie Radio Blackout in Turin treffen sich Personen und Gruppen unterschiedlicher politischer Meinung, die Sozialen Zentren hingegen werden in der Regel von einer politischen Strömung hegemonisiert und haben teilweise sehr heftige Streits untereinander.
Der späte Anfang erst am Samstag nachmittag brachte uns in Zeitbedrängnis. Ein Abschlußplenum hätte auf jeden Fall stattfinden müssen.
Unsererseits hätten wir klarer zum Thema Untersuchung der Sozialen Rechten Stellung nehmen müssen. Der interne Beschluß, daß als von Italien nicht vorbereitet zu sehen, und den Rat zu geben nicht hinzufahren, war zu wenig. Der Vorwurf, keinen Vorbereitungsreader gemacht zu haben trifft uns selbst. Unsere Beiträge hätten wir vorher übersetzen und einbringen sollen. Bei den Interviews fehlten dann auch unsere Materialien, um den Gesprächspartnern zu zeigen, wer wir sind, was wir machen. Wenn mehr Leute dabeigewesen wären, hätten wir wesentlich mehr machen können. Sprachprobleme können überwunden werden. Wie war das noch: "ArbeiterInnen verstehen sich über die Grenzen hinweg."

3. Abschließend eine Liste von Materialien, die nun in Frankfurt sind:

---

archiv für zeitgeschichten * italia * centro di documentazione
c/o falz * solmstr 1a * 60486 frankfurt *tel 069/700425 fax 069/704812
e mail:t.Sillo@link-f.Rhein-main.De * cl-netz: cl/europa/italien

24.November 94 - Neu im Archiv

MUSIK:
"Il Topo"
RAP Bisca Neapel CD/LP 40 min 1992;
"Pericolosi"
ROCK Ca Ira Mailand LP 31 min 1993;
"Nati per rappare"
RAP Compilation Neapel CD 57 Min 1994;"ARTICOLI 31/CHIEF E ZAK/POSSESSIONE/SNG/ALTA TENSIONE/RADIOTITOLATI/..."
"Kriminale"
ROCK Ritmo Tribale Milano 1991
"SXM"
RAP Sangue Misto CD 54 min 1994 Testi dei brani
"Borint Borinot"
SKA Skatala SP Barcelona CD 35 min 1993 Texte in katalanisch
"Salento Showcase"
RAP Compilation Salento CD 44 min 1994
"Lo spirito continua"
PUNK Negazione Turin CD 1986 Testi dei brani italiano e english

BÜCHER/BROSCHÜREN
"Bisogna sognare" Scritti 1952-75
ALLGEMEIN Mailand Montaldi, Danilo 628 S. 00.00.1994"
"Spontaneità e organizzazione"
ORGANISIERUNG Gli anni dei "Quaderni Rossi" 1959-64 Pisa Panzieri, Raniero 140 S. 00.00.1994
"Inchiesta sui lavoratori dell'istituto bancario San Paolo" ARBEITERINNEN ArbeiterInnenuntersuchung der Bankangestellten der San Paolo in Turin Turin Collettivi Bancari 290 S. 00.11.1991
"Brevi cenni sull'universo"
ORGANISIERUNG Necessità e volontà di dominio nel migliori dei mondi possibili Mailand Commissione Creativa 80 S. 00.00.1992"

"La traversata delle streghe nei nomi e nei luoghi"
FRAUENBEWEGUNG Streghe, colonizzazione del mondo nuovo Roma Parinetto, Luciano 110 S. 00.00.1993"
"Per la ripresa del movimento proletario su posizioni anticapitaliste"
ARBEITERINNEN Convegno nazionale sul lavoro" Mailand 60 S. 5./16.10.94
"Libri Disponibili"
MEDIEN Materialliste des Dokuzentrums "Luca Rossi" Mailand 00.11.94

ZEITSCHRIFTEN

"ALT" Associazione delle lavortatrice e dei lavoratori torinesi
No 7 9/94, 8 11/94
"Chaos"
Quaderni di riflessioni e dibattito politico-culturale, Torino
No 0 5/94, 1 9/94
"Derive Approdi - Klinamen"
Winter - Frühling 1994, Neapel Mailand
"Giornale - Edizione Straordinaria"
14.10.94 Mailand
"Metroperaio"
NO 0-6; 1983-85 Mailand
"QUADERNI ROSSI"
Cronache e Appunti; No 6 Reprint 1975
"Riff Raff"
Rivista critica dei saperi, No 4/5 4-6/94 Turin

Zur Situation in Haiti nach der Besetzung

Der folgende Artikel beschreibt recht ausführlich, wie die Amis in Haiti die Fäden ziehen. Er benennt in erster Linie die Organisationen, die die Pläne der USA in Haiti vorrantreiben. »Low Intensity Democracy« ist der Begriff, mit dem der Autor die Entwicklungen beschreibt. Wobei aber nicht klar wird, für was dieser Begriff genau steht, was genau die Pläne der USA sind. Auch die Gegenüberstellung der »wahren Demokratie« bleibt folglich recht inhaltsleer. Wie auch das neuerliche Engagemant Frankreichs, Kanadas und der EU unhinterfragt bleibt.
»Haitis Nähe zu den Vereinigten Staaten, die Zugehörigkeit zur `Carribean Basis Initiative' und zur `Sektion 807 US', sowie die Fülle an Niedriglohn Arbeitskräften machen die Insel zu einem attraktiven Standort der Montageindustrie - vorausgesetzt, das Land erreicht politische Stabilität«, so das US-Wirtschaftsministerium im April 1992.
»Lohnsysteme sollten kein Forum für Sozialprogramme sein. Der von Regierung vorgesehene Mindestlohn von 50 Cent/Stunde kann zu kapitalintensiven statt arbeitsintensiven Reaktionen führen. Haiti werde zur Schweiz der Karibik«, so Aussagen der amerikanischen Organisation für internationale Entwicklung (AID), als die Regierung Aristide während ihrer kurzen Amtszeit ankündigte, den Mindestlohn in der Montageindustrie um 20 Cent anzuheben.
(Die Zitate und Information haben wir übrigens der ILA 173 entnommen, die unter anderen einen Artikel zu den Bedingungen in der Monatageindustrie Haiti's enthält)

Eng mit der Montageindustrie hängt eine Umstrukturierung der Landwirtschaft zusammen. Seit den gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der bisher größten Bauernbewegung in der Geschichte Haitis, als die »Cacos« in den 30er Jahren von der damals neu gebildeten Armee in einem zähen Guerillakrieg besiegt worden waren, ist es den USA nicht gelungen, eine entscheidende Entwurzelung der BäuerInnnen durchzuziehen:
»Die gegenwärtige ländliche Agrarproduktion orientiert sich vorwiegend am Subsistenzverbrauch und den lokalen Märkten... Die Montageindustrie in Haiti beschäftigt noch immer nur ein kleines Segment der Arbeitskraft - schätzungsweise 40000 Arbeiter«. So ein Zitat aus einem Artikel zu den anstehenden Plänen der USA in Haiti, den wir in der nächsten Wildcat abdrucken werden.
Nur vor diesem Hintergrund dürfte es Sinn machen, sich die Verflechtungen der amerikanischen Organisationen genauer anzuschauen.

Die unsichtbare Invasion

Verborgen von den Hunderten von Panzern, Hubschraubern und bunten Flugblättern, die Werbung machen für die US-amerikanisch-haitische "Zusammenarbeit", gibt es eine viel heimtückischere, fatalere Seite der US-Besetzung. Hinter den verschlossenen Türen der US-Agentur für Internationale Entwicklung (Agency for International Development = AID), der Weltbank und Dutzenden von durch die USA finanzierten Institutionen wird eine dauerhaftere, unwiderruflichere Invasion durchgeführt.

Die Truppen dieser Intervention - von AID "Demokratiestabilisierung", "Demokratie auf Niedrigniveau" von anderen genannt - sind "Techniker" und "Experten". Die Waffen, die sie tragen, sind keine M-16er sondern "Entwicklungsprojekte«, "Modernisierungspläne", strenge Richtlinien und sehr viel Geld. Ihr Ziel ist es nicht, zu töten und "den Feind" zu besiegen, sondern die Durchsetzung eines neoliberalen Wirtschaftsplans, einer formal-repräsentativen und nicht einer wirklichen direkten Demokratie. Sie wollen "politische Stabilität" durch die Schaffung und Zuwahl eines politischen "Zentrums" und die Marginalisierung der "Extreme" verwirklichen. Und dies mithilfe von Projekten, Programmen, Propaganda und "demonstration elections", bei denen die Leute, die willens sind, die Spielregeln zu akzeptieren, innerhalb eines begrenzten Spektrums von Kandidaten wählen können.

Das letztendliche Ziel ist es wie bei anderen Ländern, die den gleichen Prozeß durchlaufen, Haiti in den "Weltmarkt" einzubinden oder, speziell im Fall Haitis, das Land über die USA vom Weltmarkt abhängig zu machen - als eine Art Anhängsel der Vereinigten Staaten. Haiti soll in seinem gesamten Bedarf von auswärtigen Produzenten und in seinem Einkommen vom Weltmarkt abhängig werden, das durch den Verkauf bestimmter Getreidearten und die Ausbeutung billiger Arbeit erwirtschaftet werden soll.

Laut einem Mitglied von Präsident Jean-Bertrand Aristides eigenem "Übergangsteam" hat es seine Regierung auf vielen Gebieten praktisch "aufgegeben", was die AID sich für seine "Demokratiestabilisierungsarbeit" zum Ziel genommen hat.

"Wir haben eingesehen, daß wir gegen diese gigantische Maschinerie nicht ankämpfen können," sagte das Mitglied der Gruppe.

Neoliberaler Wirtschaftsplan

Auf einem Treffen am 26. August in Paris von Regierung, Weltbank, IWF (Internationaler Währungsfonds), der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank und bilateralen Geldgebern, von denen die USA die überragende Kraft sind, stimmte die Aristidegruppe mündlich der Durchsetzung eines ultraneoliberal wirtschaftlichen, "strukturellen Anpassungsprogramms« zu. Ein »komplettes« Programm mit Verkauf öffentlicher Versorgungseinrichtungen und staat-

licher Betriebe, Liberalisierung des Handels, Schuldentilgung, geringen oder keinen Beschränkungen für ausländisches Kapital, einer stillschweigend beinhalteten Reduzierung der ohnehin schon beklagenswert unzureichenden Sozialeinrichtungen und vermehrter Förderung von "Nicht-Regierungs"-Institutionen und dem privaten Sektor. Dabei wurde nicht mit einem einzigen Wort eine Erhöhung des Mindesteinkommens in Haiti erwähnt, das seit 1983 nicht mehr gestiegen ist und zur Zeit bei ungefähr einem US-Dollar pro Tag liegt. (Als der AID Boss Brian Atwood während seines Haitibesuchs am 15. Oktober gefragt wurde, ob eine solche Maßnahme eventuell möglich sei, antwortete er: "Ich glaube nicht, daß die hiesige Wirtschaft schon so weit ist, eine solche Maßnahme zu erwägen.")
"Der Repräsentant der haitischen Regierung wiederholte immer wieder, `Wir müssen zeigen, daß das funktioniert oder das Geld wird nicht reinkommen,'" sagte ein Anwalt nach einem Treffen in Washington über das Abkommen in Paris. "Er sagte, sie (die USA und die multilateralen Institutionen) müßten etwas `Dauerhaftes installieren', da sie nicht wüßten, wer Aristides Stelle einnehmen wird." (Seine Amtszeit läuft in 16 Monaten aus.)
Der genannte "Regierungsrepräsentant" war Leslie Delatour, der Hauptbefürworter des Programms. In den letzten Wochen haben die USA hartnäckig versucht, Aristide dahingehend zu beeinflussen, einen "gemäßigten" Premierminister zu "erwählen", und Delatour war, wie verlautete, ihr Topkandidat. Delatour ist ehemaliges Mitglied im Privatkabinett des Ex-Weltbankangestellten Marc L. Bazin, der auch Jean-Claude Duvaliers Finanzminister und der zweite illegale Premierminister des illegalen Regimes war. Delatour selbst war Finanzminister unter dem von der USA eingesetzten Diktator General Namphy im Jahr 1987. In dieser Zeit gingen Zehntausende von Menschen auf die Straße, um gegen seine Privatisierungspläne zu protestieren. (Ein Teilnehmer der Bewegung war Vater Aristide, der die neoliberalen Pläne in seinen Predigten und Reden verurteilte.)
Das Mitglied des Übergangsteams berichtete, daß die Weltbank und die anderen Geldgeber nicht nur eine neoliberale Wirtschaftsstruktur verlangten, sondern dem Aristideteam gegenüber auch damit drohten, die internationale Finanzierung von der "Offenheit" der neuen Regierung abhängig zu machen. Sie "hofften", in Haiti eine "Regierung der Versöhnung" zu sehen, die "Stabilität und eine gesunde wirtschaftliche Umwelt" garantieren könne," berichtete der Berater.

Wie die AID-"Hilfe" ausgegeben wird

Nahezu 600 Millionen US-Dollar wurden für wirtschaftliche, humanitäre und "Verwaltungs- und Sicher-

heits"-Projekte angesetzt, die die gewünschte "Stabilität" und "Versöhnung" bringen sollen. Fast die gesamte Geldmenge wird an der Aristideregierung vorbeifließen, einiges davon über die UN laufen.
"Die Regierung hat nicht die Fähigkeit, die Gelder zu bearbeiten," sagte Dieter Hannusch vom UN-Entwicklungsprogramm. "Es wäre das beste für die Regierung, sie würde die Projekte überwachen, ohne daß Regierungsangestellte direkt an der Durchführung beteiligt sind."
Die US-Funktionäre geben zu, daß sie die direkte Kontrolle über den größten Teil des Werts der mehrere hundert Millionen Dollar schweren Hilfe haben werden, die an der Aristidegruppe und der zentralen Regierung insgesamt vorbeigehen und stattdessen direkt in den privaten Sektor, "Nichtregierungs"-Organisationen und an von den US ausgewählte lokale "Führer"und Politiker fließen wird. Dies sind finanzierte Gruppen von AID und "Nichtregierungs"-gruppen, die fast ganz durch US-amerikanische Steuergelder finanziert werden, wie z.B. jene drei mit der nationalen Stiftung für Demokratie (National Endowment for Democracy) verbundenen: das Zentrum für Demokratie in Washington (Center for Democracy = CFD), das Internationale Republikanische Institut (International Republican Institute) und das Nationale Demokratische Institut (National Democratic Institute). Außerdem von den US gegründete und finanzierte Gruppen in Haiti, nennenswert vor allem PIRED (Programe Integre pour le Renforcement de la Democracie) unter der Leitung von Ira Lowenthal, Anthropologe und schon seit längerem Bewohner von Haiti.
Ein anderes Mitglied der Aristideregierung, das diese Woche in Haiti Ermittlungen über die AID-Aktivitäten anstellte, erklärte: "Alles was passiert, ist, daß die USA alles in die Hand nehmen. Sie konsultieren die haitische Regierung nicht."
Die geplanten AID-Programme enthalten einige der folgenden Punkte, die in "Handlungsplänen" aufgelistet, aber noch nicht veröffentlicht sind:
- ein "Kommunales Verwaltungs- und Sicherheits"-programm zur "Organisierung" lokaler Gruppen und Projekte von 7,5 Millionen Dollar;
- ein 13 Millionen Dollar umfassendes "Arbeitsbeschaffungsprogramm", in dem 25000 bis 50000 Leute für einen Dollar pro Tag zwei Monate lang arbeiten werden;
- ein "Demobilisierungs- und Reintegrationsprogramm" für ehemalige haitische Soldaten (Rechtsübertreter eingeschlossen). Entgegen Versprechen gegenüber der Aristideregierung sollen ihnen nicht nur Jobs in der Höhe ihres vorherigen Gehalts garantiert, sondern auch ihre Karrierevorstellungen sorgfältig überprüft werden. Außerdem werden sie Pensionen beziehen, Ausbildung, Kredite für "Kleinunternehmen" und einen Haufen anderer Möglichkeiten erhalten; und
- ein 20 Millionen Dollar "Wahlhil-

fe"-projekt, um der Regierung bei der Schaffung eines Wahlkomitees unter die Arme zu greifen, bei dessen "Ausbildung und Unterstützung" sie helfen werden, und ebenso "Unterstützung von städtischen Bildungskampagnen von Nichtregierungsorganisationen, Stärken politischer Parteien, Medienausbildung und -unterstützung, Vermittlung" und anderes (Wohlahnend, daß es Menschen gibt, denen das als Manipulation erscheint, versichert AID den LeserInnen seines Papiers, daß dieses letzte Programm ein mehrfachgesponsertes Projekt sei, da vier Millionen der insgesamt 24 Millionen Dollar aus Nicht-US-Quellen kommen werden).

Das "Richtige" finanzieren

Die Absicht vieler dieser Programme, wie auch anderer laufender Projekte in Haiti, ist es, den Forderungen der Demokratie- und Volksbewegung nach radikaler wirtschaftlicher Umwälzung und sozialer Gerechtigkeit etwas entgegenzusetzen, ähnlich wie es die USA in Nicaragua vor den Wahlen 1990 machte. Wie in Haiti schon seit 1986, werden sie auch weiterhin eine gemäßigte Kriegsführung betreiben, um die Wahlen und das allgemeine politische Klima zu beeinflussen mit dem Ziel, eine "Demokratie" zu schaffen, die den strategischen und ökonomischen Interessen der USA entspricht.

Anfang Januar werden über 2000 kommunale und regionale parlamentarische Sitze neu besetzt, und die US-Funktionäre geben offen zu, daß sie planen, Parteien zu fördern oder sogar neu zu gründen.

"Diese Wahlen sind die Versicherungspolice unserer Hilfe," sagte ein AID-Vertreter in einem Artikel der Financial Times.

Ein AID-Dokument, das letztes Frühjahr durchsickerte, zeichnete auf, wie der eine Millionen-Dollar umfassende "Menschenrechtsfonds" verteilt werden soll, indem es die Individuen, Gruppen und Parteien benannte, die die AID-Funktionäre, Lowenthals PIRED und ihre Verbündeten empfehlen und fördern werden: "zuverlässige Personen in der Volksbewegung" und "gemäßigte duvalieristische Fraktionen." Der Fonds wurde später von den meisten in Haiti arbeitenden Menschenrechtsgruppen verurteilt, und die einzige Gruppe für indigene Rechte, die das Geld annimmt, ist eine, die sowieso schon von PIRED gesponsert wird. Kürzlich griff PIRED zu dem Mittel, das Geld bar und direkt an Mitglieder der Demokratie- und Volksbewegung zu geben, die behaupten, sie seien "Opfer" von Menschenrechtsverletzungen (Einmal war der Hof jeden Tag voll von Hunderten von potentiellen Fondsempfängern.). PIRED gibt auch bereitwillig Subventionen an jede sogenannte "Volksorganisation", die bereit ist, einen Radio- oder Fernsehspot zu machen, der für "Gewaltlosigkeit" und "Versöhnung" wirbt.

Löwenthal und PIRED bestimmen bereits die Linie eines 15 Millionen Dollar Programms. Ein sogenanntes

»Demokratie Förderungsprogramm«, daß, gebunden am politische Führer und Parteien, viele hundert tausend Dollar an öffentliche Gruppen, Gewerkschaften, Bauerverbände, Stiftungen und Menschenrechtsgruppen vergibt. Ein Beispiel dieser Art sind die 200 000 Dollar, die an eine Stiftung vergeben wurden, die eng mit dem Bürgermeister von Port au Prince, Evans Paul, zusammenarbeitet. Nach nicht gerade überraschen Gerüchten heißt es, daß Paul der Favorit der USA für die Nachfolge Aristides ist, und die Massenmedien signalieren bereits Zustimmung. Das »Wallstreet Journal« schrieb mit Erleichterung, »er unterscheidet sich deutlich von Aristide und hat sich vom Straßenagitator zum Staatsmann gewandelt«.

PIRED hat auch das amerikanische »Asylverfahrensprogramm« unterstützt, wobei über 60 000 Basismilitante zu ihren Aktivitäten befragt worden waren. Dies machte es der US-Regierung möglich, eine detailierte Datenbank der Demokratiebewegung zu erstellen. Viele vermuten, daß diese Daten nicht nur bei Einwanderungsangelegenheiten herangezogen werden. Pired hat »öffentliche Gruppen« mit Geldzahlungen, Materialspenden oder durch die Bereitstellung ihrer Büroeinrichtungen für Konferenzen unterstützt.

Als Paul im Oktober wieder auf seinen Posten gesetzt wurde, tauchte Löwenthal dort auf, und war nach Berichten »Stolz wie ein Vater«. Löwenthal war auch dabei, als Cedras seine Abtrittsrede vom Balkon des Armeehauptquartiers hielt. Durch die neuen Projekte, hat Löwenthal enorm an Einfluß gewonnen.

»Löwenthal leitet praktisch die Show«, erklärt ein Mitglied des Übergangsteams. »Er ist wie der neue Gouverneur von Haiti, alle lokalen Programme laufen über ihn.«

Ein anderer Berater von Aristide schrieb in einem vertraulichem Papier über die neusten AID Aktivitäten, »...eine unangenehme Menge an Macht konzentriert sich auf die PIRED, die ... in Versuche verstrickt ist, über Vereinbarungen mit der Militäregierung eine politische Lösung zu erreichen...«.

Als die Regierung Auskünfte über die vorbereiteten AID Projekte einholen wollte, sagten Offizielle der USA, »das geht die Regierung von Haiti eigentlich nichts an«.

Einiges zu den »Erfolgen« des AID

Viele der AID Programme werden durch das »Büro der Übergangsinitiativen« (OIT) gesteuert, ein neues, an das AID gebundenes Organ, daß den Übergang zur »Demokratie« überwachen soll. Das OIT wird mit PIRED und dem Büro für internationale Migration (OIM) zusammenarbeiten, der Organisation, die bei den umfassenden Befragungen im Rahmen des »Asylverfahrensprogramms« beteligt gewesen war. Hinzu kommt das in New York sitzende Planungsbüro (PA), das schon Pilotprojekte mit der »lokalen

Regierungsgewalt« in Les Cayes und Gonaives durchgeführt hat.
Der Kopf des PA Projektes in Haiti, Joe Coblantz, sagte am 3.August auf einem Lobbyistentreffen des AID in Washington, daß sie mit Leuten an zwei Orten eineinhalb Jahre zusammengearbeitet hätten, darunter wären auch Mitglieder der FRAPH(1) gewesen. Coblantz sagte, er wäre besorgt darüber, daß mit der Rückkehr der Verfassung lokale Mitarbeiter nun »Oppositionellen« wie FRAPH Mitgliedern die Mitarbeit gestatten würden. In Gonavier hat die PA mit »lokalen Führern« zusammengearbeitet, aber nicht mit dem Bürgermeister, der sich die meiste Zeit in den letzten Jahren versteckt hielt. Ein Vizebürgermeister hat den Job übernommen und schmückt nun sein Büro mit einem Portrait von Francois Duvalier.

Ein weiters Projekt des AID ist die Unterstützung der CDS (»Entwicklungs- und Gesundheitszentren«), die im letzten Jahr 12 Gesundheitszentren im ganzen Land bezogen hat, und dafür vier Millionen Dollar erhalten hat. Die CDS hat FRAPH Mitglieder auf ihrer Lohnliste, darunter des Mordes beschuldigte. Die CDS werden von Dr.Reginald Boulos geführt, einem engen Vertrauten von Bazin. Sie haben inzwischen Datenbanken über 180 000 Menschen (meist Daten über Nachbarschaftsorganisationen) angelegt. Da sie quasi die Macht über Leben und Tod der armen BewohnerInnen von Cite Soleil haben, üben die Funktionäre der CDS eher die Funktion von Gefängniswärtern aus. Laut Angaben von BewohnerInnen von Cite Soleil, wird die seit den Wahlen 1990 nur noch von der CDS angebotene Gesundheitsversorgerung verweigert, wenn sich die Leute als Aristide Wähler zu erkennen geben.

Ein anderes Projekt der USA ist die Bildung einer sogenannten »gemäßigten Mitte«, also ähnliche Manöver wie bei der Unterstützung Bazin's vor den Wahlen 1990. Im Mai und Juni sind von der US-Botschaft, PI-RED und anderen mehrere Treffen mit verschiedenen »in der Mitte stehenden« Parteien organisiert worden.
Das »Zentrum für Demokratie« hat bereits einen Ausschuß gebildet, angeführt von CFD Präsident und NED Gründer Allen Weinstein. Sie waren mindestens einen Tag im Parlament anwesend, als dort letzte Woche über das »Amnestiegesetz« verhandelt wurde. Nach ihrer Mission gefragt, gaben sie an, »sie hätten die Aufgabe, eine Opposition zu installieren«.
Die CFD wurde bereits bei Verhandlungen mit dem rechten Flügel beobachtet. Im letzten Frühjahr hatten sie in erster Linie rechte Parlamentarier, darunter Robert Monde, der zunächst Mitglied der »Tonton Macote«(2) war und nun bei der FRAPH ist, nach Waschington gebracht. Ziel der dortigen Verhandlungen war ein »parlamentarischer Kompromiß«, um von Aristide für die Wiederaufnahme von Verhandlun-

gen Kompromisse abzuringen. Aristide verweigerte die Teilnahme.

"Freie und gleiche" Wahlen?

Das Mitglied des Übergangsteams hat eine eher bedrückende Einschätzung der kommenden Wahlkampfsaison. Nach dem Lesen der AID Handlungspläne und Gesprächen mit OTI-Personal, schätzt er es so ein, daß Leute von OTI und OIM in eine Stadt oder ein Dorf kommen, die Finanzierung von "Entwicklungs"-projekten anbieten und dann versuchen, die StadtbewohnerInnen zu beeinflussen.

"Sie werden sagen,`Warum macht ihr keine Stadtversammlung?'" erklärte er. "Und dann werden sie sagen, `Können wir mal die Gästeliste sehen?' und dann werden sie vorschlagen, die Liste zu erweitern."

Das Teammitglied denkt, daß die Leute von OIM vorschlagen werden, daß keine "Lavalas"-Leute für Ämter kandidieren, da die Hilfsprogramme viel besser mit "professionellen" Leuten laufen. Mit ihren eigenen Worten nennen sie das, zusammen mit NDI und NRI, sie wollen "die entstehenden politischen Parteien fördern und stärken."

Der Druck wird zweifellos noch gekoppelt sein mit einer vermehrten Präsenz der organisierten Rechten. Wenn FRAPH nicht als eigene politische Partei auftritt, wie Constant mehrmals angekündigt hat, so wird sie sich neugründen und sicherlich aus ihren bewährten Quellen - Armee und CIA - Finanzierung und Unterstützung erhalten, wie schon so lang bei ARENA in EL Salvador. Es könnte auch zu fortgesetzten, gezielten Repressionen gegen demokratische Führer kommen wie in Nicaragua und El Salvador.

Trotz der Drohung ununterbrochener Repressionen von den noch zu entwaffnenden paramilitärischen Einheiten, der Stärke des rechten Flügels und dem komplexen Geflecht der Zuwahlen gibt es doch auch noch Spielraum für den Präsidenten und auch für die Demokratie- und Volksbewegung. Selbst wenn die Wahlen auf Ende Januar verschoben werden, wird es doch schwierig für AID werden, auf das ganze Land und die ganze Bevölkerung Einfluß zu gewinnen. Auch hat die EU gerade mindestens 128 Millionen Dollar für Langzeitentwicklung versprochen, einen Teil davon direkt an die haitische Regierung, und Frankreich hat weitere 50 Millionen Dollar angekündigt, die helfen könnten, die Regierung leicht zu stärken und einige der AID-Pläne auszugleichen.

(Andererseits ist das auffällige Schweigen Frankreichs und Kanadas während dieser letzten Wochen der Invasion und Entwicklung zermürbend und bringt viele zu der Spekulation, daß sie nur darauf warten, daß der neoliberale Plan anschlägt und Widersprüche und Unruhe auslöst, um sich dann selbst wieder auf der Bühne als eine "Alternative" zu präsentieren und so wieder den Einfluß zu gewinnen, den sie hier in den letzten drei Jahren verloren haben.)

Was auch immer für Gegnerschaften

und Intrigen auf der internationalen Ebene vor sich gehen, ist es doch sehr wesentlich, daß sich die US-BürgerInnen, die unabsichtlich für diese ausgedehnten, heimtückischen Programme zahlen, damit auseinandersetzen, die US-Regierung bekämpfen und so Haiti die Möglichkeit geben, sich ohne fremde Einmischung zu entwickeln.

(1) Die FRAPH sind Schlägertruppen, direkt dem Polizeichef unterstellt. Eine ihrer Aufgaben soll es sein, Soldaten der haitianischen Armee bei ihren repressiven Einsätzen zu überwachen oder zu ersetzen.
(2) Die »Tonton Macoutes« waren praktisch die Privatarmee des Präsidenten Francois Duvalier (1956-71) gewesen. Eine Armme in der Armee. Unter »Baby Doc« - Jean Claude Duvalier - wurden aus diesen Einheiten eine spezielle »Anti-Guerilla Truppe«, die »Leoparden«. Roul Cedras und sein Umfeld gehörten diesen Truppen an.

Der Text ist vom »Haiti-Info« vertrieben worden:
- Das Haiti Info erscheint alle zwei Wochen. Herausgeber ist das Informationsbüro Haiti, einer alternativen Presse Agentur. Es wird von einer Gruppe zusammengestellt, die sich aus Einzelpersonen aus demokratischen und gemeinnützigen Bereichen zusammensetzt.

Die ArbeiterInnenbewegung in Südkorea

von Hillel Cohen

(Der Autor/die Autorin (?) hat kürzlich an einer internationalen Konferenz in Seoul teilgenommen, die vom "Koreanischen Nationalkongreß zur Wiedervereinigung" finanziert worden ist. Dies ist der vierte Artikel einer Serie.)

Südkoreanische ArbeiterInnen verbringen mehr Zeit bei der Arbeit und haben weniger Freizeit als die ArbeiterInnen jedes anderen Landes in Asien. Diese Tatsache, über die in der "Wirtschaftsrundschau des fernen Ostens" (Far East Economic Review) berichtet wurde, erklärt, warum die Konzerne in Südkorea so enorme Profite machen.

Lange Arbeitszeiten und niedrige Bezahlung sind die Basis des wirtschaftlichen Booms in Südkorea in den letzten 10 Jahren. Eine der Hauptaufgaben der repressiven Regierungen in Südkorea ist es, durch das Niederhalten des Kampfes der koreanischen ArbeiterInnen diesen hohen Grad an Ausbeutung beizubehalten.

Während meines Aufenthaltes in Seoul habe ich die Führenden der KrankenhausarbeiterInnengewerkschaft und der LehrerInnengewerkschaft getroffen. Außerdem habe ich mit AktivistInnen von der Hyundai Schwerindustriegewerkschaft und anderen gesprochen, die wegen ihrer Aktionen in der ArbeiterInnenbewegung für einige Zeit im Knast gewesen sind. Viele Industrie- und andere ArbeiterInnen sind Mitglieder in den sogenannten "offiziellen Gewerkschaften", die kaum etwas anderes als von der Regierung kontrollierte Betriebsgewerkschaften sind. Die richtigen, unabhängigen Gewerkschaften sind trotz schwerer, repressiver Bedingungen aufgebaut worden. Einige von ihnen sind sogar legal, aber erst seit kurzer Zeit.

So, wie die "offiziellen Gewerkschaften" mit der Regierung zusammenhängen, haben die unabhängigen Gewerkschaften enge Verbindungen mit der Opposition und den Demokratie- und Wiedervereinigungsbewegungen.

Es gibt zwei nationale Bündnisse von unabhängigen Gewerkschaften, die gerade Verhandlungen über einen Zusammenschluß führen. Es treten auch einige aufrichtige GewerkschafterInnen aus den "offiziellen Gewerkschaften" aus und treten den unabhängigen bei, jetzt, da sich die politischen Bedingungen etwas entspannt haben.

Das berüchtigte Arbeitsgesetz

Die Arbeitsverhältnisse in Südkorea werden durch ein Gesetz geregelt, das bei den koreanischen AktivistInnen als "das berüchtigte Arbeitsgesetz" bekannt ist. Für einige Bestimmungen dieses Gesetzes scheinen die schlimmsten Abschnitte des US-amerikanischen Taft-Hartley Gesetzes ein Vorbild gewesen zu sein. Beide Gesetze sind ungefähr zur

gleichen Zeit entstanden, aber in Südkorea ist es noch ein Stück repressiver.
Im US-Gesetz gibt es eine Einrichtung, die "ausschließliche Vertretung" genannt wird.
Das ist eine fortschrittliche Maßnahme, die es für die Bosse schwerer macht, Betriebsgewerkschaften als Konkurrenz zu den richtigen zu gründen. In Südkorea aber wird sie zum Schutz der Betriebsgewerkschaften vor den unabhängigen benutzt.
Das Taft-Hartley-Verbot von "secondary boycotts" (Das sind Arbeitsverweigerungen zur Unterstützung des Streiks der ArbeiterInnen aus einem anderen Betrieb, z.B. weigern sich die ArbeiterInnen, Produkte aus einem Streikbrecherbetrieb weiterzuverarbeiten; Anm. d. Übers.) ist in Korea ausgeweitet worden zur Untersagung jeglicher "Einmischung von Dritten". Das bedeutet, daß praktisch alle öffentlichen Bekundungungen von Gewerkschaftssolidarität illegal sind - einschließlich der Teilnahme von ArbeiterInnen einer Gewerkschaft an der Streikkundgebung einer anderen. Sogar AnwältInnen ist es verboten, Rat oder Unterstützung zu geben.
In den USA sieht das Taft-Hartley eine Vermittlungsperiode vor, die es der Regierung erlaubt, auf die Gewerkschaft Druck auszuüben. Kongreß und Präsident können in bestimmten Fällen mithilfe gerichtlicher Verfügungen "Abkühlphasen" (cooling-off periods) geltend machen. In Südkorea ist das umgesetzt worden in ein System, das der Regierung das Recht gibt, jeglichen Streik als illegal zu erklären.
Wenn die Verhandlungen um einen neuen Tarifvertrag einen toten Punkt erreicht haben, wird ein Vermittlungsausschuß der Regierung einberufen. In Südkorea kann dieser Ausschuß den Tarifparteien eine Schlichtung auferlegen - fast immer zugunsten der Seite der Unternehmen.
Wenn die Gewerkschaft den Vorschlag der Regierung ablehnt, kann die Regierung den Streik als illegal erklären, dann können alle Mitglieder sowie der Vorstand verhaftet werden. Das ist einer der Gründe, warum fast alle Streiks als Besetzungen innerhalb der Firma und nur wenige mit Streikposten außerhalb des Betriebs durchgeführt werden. Die Bosse haben zwar das "gesetzliche Recht", ein polizeiliches Überfallkommando oder Militär zu rufen, um die Streikenden verhaften zu lassen. Aber manchmal tun sie das nicht oder verzögern es, weil es normalerweise zu erheblichem Sachschaden kommt, wenn die Bullen hineinkommen. Wenn die ArbeiterInnen aber draußen Streikposten stehen würden, könnten sie leicht und schnell von den Bullen gefaßt werden.

Hyundai-Gewerkschaftsführer untergetaucht

Manchmal läßt die Regierung einen Streik weitergehen aus der Angst heraus, Verhaftungen könnten den Kampf eher verlängern und hinausschieben als einen Abschluß erzwin-

gen. Das geschah kürzlich bei einem Hyundai-Streik. Nach dem Streik aber wurde ein Haftbefehl gegen den Gewerkschaftspräsidenten erlassen. Er hält sich jetzt versteckt, um der Verhaftung zu entgehen. Andere Streiks aus letzter Zeit schlossen einen einwöchigen Ausstand von Bahn- und U-BahnarbeiterInnen ein, der nichts erreichte. Viele ArbeiterInnen wurden entlassen und die Gewerkschaft verboten. Zusätzlich zu den Maßnahmen gegen Streiks versucht die Regierung, Lohnerhöhungen auf weniger als 3 Prozent zu beschränken. Erhöhungen von mehr als 10 Prozent sind grundsätzlich illegal.
GewerkschaftsarbeiteInnen müssen sich auch mit feindlichen Medien herumschlagen, die mit Beschuldigungen wie, die Streikenden seien Verräter und die StreikführerInnen Spione, routinemäßig versuchen, Streiks zu isolieren. Bosse haben das unbeschränkte gesetzliche Recht, Fabriken zu schließen und ArbeiterInnen auszusperren.
Die repressiven Gesetze haben dabei mitgeholfen, die Löhne niedrig und die Arbeitszeiten lang zu halten. Aber die aktiven koreanischen ArbeiterInnen haben einige Erfolge gahabt. Auch hat der enge Arbeitsmarkt zur Verlegung einiger Firmen in Gebiete außerhalb Koreas in der Pazifikregion mit sogar noch niedrigerem Lohnniveau geführt. MigrantInnen, meist von den Phillipinen, sind für spezielle Niedriglohnjobs rekrutiert worden. Eine Schicht von besserbezahlten höheren Angestellten oder Selbständigen mit mittlerem Einkommen hat sich in den letzten Jahren entwickelt. Aber die Kluft zwischen arm und reich wird größer.

Treffen mit GesundheitsfürsorgearbeiterInnen

Als ein Repräsentant der GesundheitsfürsorgearbeiterInnengewerkschaft 1199 war ich sehr daran interessiert, VertreterInnen des koreanischen Verbands der KrankenhausarbeiterInnengewerkschaft (Korean Federation of Hospital Workers' Union = KFHU) zu treffen. Wie 1199 wurde die KFHU von einer Pharmazeutin, und zwar von Yang Gun Mo, gegründet. Sie war die erste Präsidentin und verbrachte ein Jahr wegen Gewerkschaftsaktivität im Knast. Die jetzige Präsidentin war zweimal im Gefängnis, einmal, als sie schwanger war.
Die Gewerkschaft und ihre FührerInnen sind jung. Vor 1987 war den KrankenhausarbeiterInnen keine gewerkschaftliche Vertretung erlaubt. Erste Organisierungen wurden heinmlich durchgeführt. 1987 gab es hier im Land eine Welle von Arbeitskämpfen mit über 3700 Streiks innerhalb von zwei Monaten. Während dieser Zeit wurde alle zwei Tage ein neues Krankenhaus gewerkschaftlich organisiert.
Interessanterweise ist die KFHU mit einigen der gleichen Probleme konfrontiert wie 1199 und andere KrankenhausarbeiterInnen hier. Laut Yang Gun Mo und der KFHU-Generalsekretärin Lee Sang Choon sind die Umstrukturierungen

und Entlassungen sehr schwerwiegend. Die Betriebsleitungen versuchen, die ArbeiterInnen in niedrigeren Jobs höherqualifizierte Arbeiten durchführen zu lassen, ohne ihnen mehr zu bezahlen.
Auch werden Arbeiterinnen in Gelegenheitsarbeiten und prekäre Jobs gezwungen. Diese ArbeiterInnen sind per Gesetz von Gewerkschaftsverträgen ausgenommen. Ihnen werden gewerkschaftliche Vergünstigungen und gleiche Bezahlung verweigert. Wie in den USA versuchen die Managements, gewerkschaftlich organisierte Stammbelegschaften durch Befristete zu ersetzen.

Kampf der LehrerInnen
Chung Hae-Sook ist Präsidentin von Chunkyojo, der koreanischen Gewerkschaft der Lehrerinnen und ArbeiterInnen im Erziehungswesen (Korean Teachers and Educational Workers Union = KTU). 1989 war sie eine der 1500 LehrerInnen, die wegen der Organisierung von Chunkyojo entlassen wurden; Hundert wurden ins Gefängnis gesteckt.
LehrerInnen ist es gesetzlich nicht erlaubt, Mitglied in einer Gewerkschaft zu sein. Aber es gibt trotzdem 15000 offene Mitglieder und 30000 geheime, einen Beitrag zahlende UnterstützerInnen. Da gemeinsames Verhandeln von LehrerInnen nicht erlaubt ist, führt die KTU hauptsächlich allgemeine politische Aktionen im Interesse der LehrerInnen und aller ArbeiterInnen durch. Sie kämpft auch für eine bessere Ausbildung der StudentInnen und eine Reform des ganzen Erziehungssystems.
Alle GewerkschaftsführerInnen und -aktivistInnen, die ich getroffen habe, haben die Hoffnung ausgesprochen, daß die ArbeiterInnen in den USA den Kampf der koreanischen ArbeiterInnen für eine friedliche Wiedervereinigung und die Rücknahme des berüchtigten Arbeitsgesetzes und des nationalen Sicherheitsgesetzes unterstützen werden, die beide von der Regierung in Seoul dazu benutzt werden, die ArbeiterInnenbewegung zu unterdrücken.

Rave New World!!

Also, die Freiburger haben eine Broschüre über Techno gemacht.... Zu viele komische Bonbons geschluckt?
Bei uns im tiefsten Süden, wie auch bei Euch, springen die unterschiedlichsten Leute rum. Es bewegen sich eine Reihe verschiedener Szenen, die WagenburglerInnen, die hier den Winter aussitzen, die BesetzerInnen auf dem Vaubangelände, die Skins, die gelegentlich Burschenschaftler überfallen, die Ökokids, die immer wieder Aktionen machen, die Punks - also alles recht unübersichtlich; und, im Laufe des Jahres stießen auch immer mehr ravers, also die Technofreaks, hinzu. Diese letzteren, viel verachteten Leute (sie wagen es werktags arbeiten zu gehen und den pc-Test nicht zu bestehen) sind nicht unbedingt so dumm, wie es manche behaupten. Sie machen "Soli-Raves" für ihre verfolgten britischen GesinnungsgenossInnen, hier im Umland besetzten sie eine Macdonalds Niederlassung, nachdem ihrem daneben liegenden Lieblingsclub die Öffnungszeiten gekürzt worden waren. Immer wieder landen sie am Rand von Konfrontationen, wenn die Bullen auftauchen, um die Parties aufzulösen.
In früheren Zirkularen haben wir darüber berichtet, daß die Grenzen solcher Szenen etwas zusammengeschmolzen sind und sich eine Szene herausgebildet, deren Aktivitäten, einschließlich der illegalen Raves und der Massenbesetzungen von Grundstücken anderer Leute, eine Palette repressiver Maßnahmen hervorgerufen haben. Maßnahmen allerdings, die letztendlich alle dort treffen.
Nun, wir leiden nicht unter der Illusion, daß Entwicklungen in der BRD denselben Kurs entweder nehmen werden oder unbedingt nehmen sollten, aber mit der Broschüre als Instrument wollen wir ins Gespräch kommen mit den unterschiedlichen Leuten.
Die Szenen kämpfen für ihre Interessen, ihre Existenz als Gruppe, oder mal aus Laune. Unter Umständen können diese Kämpfe über die Grenzen der eigenen, besonderen Szene hinaus gehen. Wir wollen mit den Leute reden und sehen was sie so umtreibt.
Die Broschüre heißt "Rave New World". Sie informiert, ist nicht mit schweren Thesen überladen und soll Spaß beim Lesen machen. Was ist drin? Sieben Texte, vier sind ZirkularleserInnen bekannt, gekürzte oder umgeschriebene Fassungen der Artikel zu Criminal Justice, der Vertreibungspolitik der Stadt Köln, der August-Randale in Bremen und der CIP-Bewegung in Frankreich. Drei Texte sind neu - ein kurzes Stück zu den Chaostagen in Hannover, etwas über Ecstasy und ein längeres Interview mit einem Freiburger Raver, der über die Szene wirklich informiert und die Stereotype des »permanent stoned Arschlochs« effektiv widerlegt.
Endlich mal die »tikatikachugachuga Leute« verstehen?
Die Kollektion der Buchhandlung und des Plattenladens auffrischen?
Was anderes auf dem Büchertisch haben als die Werke ehrwürdiger Italiener?

Street credibility zurückerobern?
Neue Freunde machen?
Rave New World!

Wenn ihr die Broschüre haben wollt, meldet Euch bitte mit der erwünschten Anzahl.
Rave New World, A5, 36 Seiten, viele Bilder, 3DM per Stück einschließlich Porto.

Wildcat Freiburg **RAVE ON!**

WIR STRAHLEN NICHT, WIR LÄCHELN

Im letzten Zirkular hatte ich was zur Bewegung gegen den CASTOR-Transport aus dem AKW Philippsburg ins Zwischenlager Gorleben im Wendland geschrieben. Einige haben vielleicht mitgekriegt, daß da in den letzten Wochen ein bißchen was passiert ist. Vorweg will ich sagen, daß meine Beteiligung am Widerstand nicht "soziologische" Gründe hatte, um versteckte Feldforschung zur "Jugendbewegung" zu betreiben. Zu meiner Entschuldigung kann ich sagen, daß zwei der Einflugschneisen (Straße und Bahn) für den Atommüll fast direkt vor unserer Haustür vorbeiführen; also auch ein ureigenes persönliches Interesse an der Verhinderung der ganzen Scheiße habe. Deshalb berichte ich jetzt nicht unter jugendspezifischen Gründen, obwohl sie auch diesmal wieder die Hauptträger der Bewegung waren, sondern in allgemeiner Wichtigkeit.
Nachdem im Juli klar war, daß der CASTOR jetzt nicht kommt, trat eine Beruhigungsphase im Widerstand ein. Sporadisch fanden zwar immer wieder Sachen statt, hielten sich aber im Rahmen der organisierten Anti-AKW-Bewegung. Am 26.10. wurde bekannt, daß der damalige Umweltschmutzminister Töpfer am gleichen Tag die niedersächsische Umweltministerin Griefahn angewiesen habe, binnen 14 Tage der Einlagerung des mit 9 Brennelementen beladenen CASTOR's zuzustimmen. Das Ultimatum lief am 9.11. aus; wie erwartet beugt sich das niedersächsische Umweltministerium der Weisung; damit war Ende November mit dem Transport zu rechnen.
Im Vorfeld führen die Anti-AKW-Initiativen am 5.11. eine Blockadeaktion auf den Zufahrtsstraßen ins Wendland mit 800 Leuten durch. Die Aktion ist mit der Polizei abgesprochen. Der Verkehr wird umgeleitet.
In Uelzen blockieren 200 DemonstrantenInnen in der Stadt die Straßen. Hier

reagiert die Polizei ungehaltener. Eine offene Konfrontation mit der Polizei wird nicht gesucht. Die Demonstranteninnen ziehen durch die Stadt und blockieren an anderer Stelle neu.
Am 4.11. werden die Bahnhöfe Uelzen und Lüneburg mehrere Stunden nach Bombendrohungen gesperrt. Der Bahnhof Uelzen am 5.11. erneut.
Am 7.11. wird die Bahnstrecke Lüneburg-Dannenberg an zwei Stellen unterhöhlt und die Bahnschwellen in Brand gesetzt.
Als sich am 9.11. das niedersächsische Umweltministerium der Weisung beugt, sind in Lüneburg und vielen Orten die Verkehrsschilder schwarz übermalt.
Ab 10.11. ist Schluß mit lustig. An diesen Tag ist das Wendland drei Stunden dicht. An insgesamt 19 Stellen sind die Zufahrtsstraßen und die Bahnstrecke Lüneburg-Dannenberg durch Barrikaden blockiert. Teilweise werden sie in Brand gesteckt. Anrückende Polizei fährt in ausgelegte Krähenfüße, an einer Stelle wird sie mit Leuchtspurmunition angegriffen. Dabei fahren auf der Bundesstraße von Uelzen her zwei Zeitungszustellerinnen in eine Barrikade und verletzen sich dabei. Auf der Bahnstrecke Lüneburg-Dannenberg kommt angeblich ein Munitionszug kurz vor einer Barrikade zu stehen. Die Barrikade war allerdings, wie bisher alle Schienenbarrikaden mit Trassierband abgesichert, so daß eine Gefährdung ausgeschlossen war.
Diese beiden Fälle werden aufgebauscht und als Grundlage für eine Hetze gegen sogenannte militante AKW-Gegner genutzt, die nur den berechtigten Protest der ehrlichen AKW-Gegner schaden würden. Dies wird aufgegriffen von AKW-Gegnern, die nebenbei oder hauptsächlich parteipolitisch tätig sind. Allerdings nicht mit dem wohl erhofften Erfolg. Täglich werden Straßen und Schienen mit Baumstämmen oder Strohballen blockiert, teilweise in Brand gesteckt. Gegen die Polizei werden Nagelbretter ausgelegt. Aber auch Demonstrationen, die Blockadeaktionen gleichen, finden statt. In den Schulen ist kein geregelter Unterricht mehr möglich. Die Dömitzer Brücke, der einzige Zugang zum Wendland über die Elbe aus der Ex-DDR, wird fast täglich blockiert. Hier bildet sich sowas wie ein Blockade-Camp von Jugendlichen, die in Bauwägen leben. Es wird im Laufe der Woche von der Polizei abgeräumt. Viele Bauern beteiligen sich mit Treckern an den Aktionen oder führen selber welche durch.
Der Widerstand verläßt nun den unmittelbaren wendländischen Raum. In Hannover kommt es zu mehreren Demonstrationen; die Schienenwege Richtung Wendland werden angegriffen. Am Montag, den 14.11. werden um Hannover rum fünf zentrale Bahnstrecken durch über die Oberleitung geworfene Wurfanker für Stunden lahmgelegt oder stark behindert.
Die Bezirksregierung Lüneburg spricht von 154 strafbaren Eingriffen in den Schienen- und Straßenverkehr (incl. der Aktionen im Sommer). Ab Dienstag, 22.11., dem Tag an dem der CASTOR in Philippsburg losgehen soll, bis zum 26.11. wird ein Demonstrationsverbot entlang aller Zufahrten und um die Gegend des Zwischenlagers ausgesprochen; ebenso für Samstag, den 19.11..

Danach beginnt die Besetzung des Wendlandes mit 5000 Bullen und BGSlern. Für Jugendliche wird die nächtliche Polizeikontrolle zum täglichen Erlebnis. In jedem kleinen Kaff fahren täglich Wannen zur Einschüchterung auf. Für den Transport des CASTORs sollen 20000 (?!) Bullen und BGSler zur "Sicherung" aufgefahren werden.
Die Stimmung ist emotional total aufgeheizt. Im Wendland fährt mittlerweile nach Aussage der BI jedes dritte Auto mit dem Aufkleber "TAG X - WIR STELLEN UNS QUER" durch die Gegend. Unmengen von Orts- und Hinweisschildern sind überklebt oder schwarz übermalt.
Das Demonstrationsverbot für den 19.11. spielt keine große Rolle. 2000 Menschen demonstrieren auf den Gleisen oder den Zufahrtsstraßen. Viele Bauern mit Treckern beteiligen sich. Auf der Bahnstrecke nach Uelzen werden Barrikaden gebaut, teilweise angesteckt. Die Polizei hält sich weitgehend zurück; aggressiv sind nur die Magdeburger.
Am 20.11. demonstrieren 80 Leute im Zug von Dannenberg nach Lüneburg und ziehen mehrmals die Notbremse. Nachdem sie von der Polizei aus dem Zug geholt werden, blockieren sie zunächst die Bahnstrecke, später die Straße.
Während am 21.11. hunderte von Leuten an vielen Orten Pläne schmieden für den Tag X oder davor, ruft die BI zu einer letzten Mahnwache auf dem Dannenberger Marktplatz auf. 3000 Leute beteiligen sich daran. In diese Mahnwache hinein platzt die Nachricht, daß das Lüneburger Verwaltungsgericht den CASTOR-Transport wegen bekannter Probleme bei der Einlagerung der Brennelemente in den CASTOR (der Deckel paßte nicht und mußte abgeschliffen werden) untersagt hat.
Was, nachdem nach anfänglichen nicht glauben wollen aber dann zur Gewißheit wurde, daß der CASTOR nicht kommt, auf dem Markplatz los war, läßt sich nicht in Worte fassen. Unbeschreiblicher Jubel brach aus. JedeR wußte, daß ist kein Erfolg der Richter, sondern des Widerstandes. Aus der Mahnwache heraus formierte sich ein kilometerlanger Demonstrationszug zum Zwischenlager hin, wo dann Tausende die wohl größte Party, die das Wendland jemals erlebt hatte, feierten. Dabei verhielten sie sich systemkonform, indem sie der norddeutschen Brauindustrie zu einem herbstlichen Zwischenhoch verhalfen. Aber auch die frische Ernte heimatlichen Ganjas wurde reichlich dezimiert.
Am liebsten würde ich jetzt aufhören. Aber um es nochmal klar zu machen. Das der CASTOR jetzt nicht kommt, liegt nicht an den Richtern. Die hätten ihr Urteil schon vor sechs oder acht Wochen fällen können. Die Klage liegt schon lange genug vor. Das Urteil war eine Notbremse und ist mindestens 200 prozentige auf den Widerstand zurückzuführen. Das soll nicht heißen, daß da ein abgekartetes Spiel zwischen verschiedenen Gremien des Staatsapparates, inszeniert auf verschiedene Spielverläufe, in Gang gesetzt wurde. Es ist aber sicherlich nicht auf richterliche Unabhängigkeit zurückzuführen.
Wie es jetzt weitergeht? Schwer zu sagen. Gegen das Urteil des Verwaltungs-

gerichtes haben sowohl die Betreiber, wie auch das Bundesumweltministerium Widerspruch beim Oberverwaltungsgericht Lüneburg eingereicht. Da ist mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit mit einer Zurückweisung des Transportstopps zu rechnen und dann geht es zur nächsten Runde über. Der Zeitraum bis zum nächsten durchführbaren Transport ist nicht abschätzbar. So schnell schießt auch das OVG nicht. Ende 1994 läuft die Genehmigung des Transportes aus und muß dann neu beantragt werden, mit allerlei verwaltungsrechtlichen Krempel. Schießt das OVG schnell, ist es fraglich, ob bis Ende des Jahres noch mal so ein Polizeieinsatz durchführbar ist; aber ohne geht`s nicht. Usw., usf.. Aber das sollen nicht in erster Linie unsere Probleme sein; sollen sie doch Probleme kriegen. Egal, ob noch dieses Jahr, auf jeden Fall im nächsten Jahr!
Will noch jemand was wissen? Nee, nää?

Hausdurchsuchungen und Ermittlungsverfahren wegen »Krimineller Vereinigung« gegen Collectief Opstand in Amsterdam

Am 28.September wurden auf Anordnung des Den Haager Landgerichts das Büro und drei Wohnungen von Opstand-Leuten durchsucht. Begründung war zunächst eine »strafrechtliche Vorermittlung gegen Unbekannt«. Beschlagnahmt wurde fast das gesamte Arbeitsmaterial von Opstand: Computer, Adressenlisten, Archive, Interviewkassetten und persönliche Papiere. Wochen später wurden dann aus »Unbekannt« zwei Leute von Opstand. Am 14.November wurde ihrem Anwalt mitgeteilt, daß gegen Hans Krikke und Jan Müter wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung ermittelt wird. Sie sollen im Zeitraum 1987-93 an der Organisation RARA (militante antirassistische Gruppe in NL) beteiligt gewesen sein. Über eine Verbindung zwischen Opstand und RARA war vorher schon in der Presse spekuliert worden.

Stichting Opstand (Stiftung Aufstand) ist ein Kollektiv von »Journalisten und Untersuchern«, das sich vor allem mit Armut und Illegalen in den Niederlanden, sowie mit »Toyotismus« und der »Japanisierung« der holländischen Industrie beschäftigt. Sie arbeiten einerseits bezahlt professionell, mit Auftragsarbeiten für Presse oder Fernsehen oder auch Managerzeitschriften. Andererseits beteiligen sie sich an Mobilisierungen wie z.B. in Unterstützungskomitees für Illegale Arbeiter. Hans und Jan waren auf den Wildcat-Treffen in Wandlitz 1991/92, und wir sind in dieser Zeit auch bei Opstand gewesen, um die Komitees der illegalen Konfektions- und Treibhausarbeiter in Amsterdam und Den Haag zu besuchen (siehe Artikel in Wildcat Nr. 57 und 58).

»Die Arbeit von Opstand wird durch die Aktionen der Justiz sabotiert. Assoziationen zu RARA sollen abschrecken, unter anderem die Auftraggeber. Geschäftliche Isolierung ist die Folge. Dieser Brotraub ist noch zu überleben. Für schwerwiegender halten Vorstand und Mitarbeiter von Opstand die Kriminalisierung der Unterstützung von Illegalen und des Protestes gegen die Regierungspolitik gegenüber Flüchtlingen und Illegalen.
Mitarbeiter von Opstand haben seit der Gründung des Kollektivs 1987 Untersuchungen gemacht und Veröffentlichungen über Illegale, die in den Niederlanden arbeiten. Dabei ging die Initiative zum Protest gegen die Regierungspolitik und zum Aufbau eines Solidaritätsnetzwerkes für Illegale einige Male vom Kollektiv Opstand aus. So ist die Protest-Kampagne gegen C&A - Ausbeutung illegaler Konfektionsarbeiter - mit von Opstand in Gang gebracht worden. Illegale Arbeiter in den Treibhäusern von Westland haben mit Unterstützung von Opstand eine Selbstorganisation aufgebaut. Und vor kurzem hat Opstamd mit die Initiative ergriffen zum Aufbau von SNIN, Solidaritäts-Netzwerk Illegale in den Niederlanden, woran eine Reihe von lokalen Komitees beteiligt sind, die praktische Hilfe für Illegale organisieren (medizinische Versorgung, Wohnungen, Finanzen usw.).
Opstand wird in der wachsenden Bewegung gegen die herrschende Politik gegenüber Flüchtlingen und Illegalen durch die wilden Aktionen und Beschuldigungen von Seiten der Justiz politisch isoliert. Indem Opstand kriminalisiert wird, werden auch Komitees und Personen in ein schlechtes Licht gestellt, mit denen Opstand zusammenarbeitet, um das Überleben von Illegalen zu erleichtern.«
(aus einem Flugblatt von Opstand vom 18.11.94)

Opstand macht zur Zeit eine Öffentlichkeitskampagne gegen die Kriminalisierung. Briefe, Grüße u.ä. können geschickt werden an:
Stichting Opstand, Postbus 11127, 1001 GC Amsterdam, Tel/Fax 0031-20-6649395.

Neues aus England/London

Das Criminal Justice Bill (siehe Zirkular 7 und 8) wurde Anfang November in Großbritannien zum Gesetz. Wir haben einen Augenzeugenbericht von einem Freiburger Genossen, der an einer Großdemo in London am 9. Oktober beteiligt war, zweitens den Brief einer Person, die mit dem »Freedom Network« (»Freiheitsnetzwerk«) gegen das Criminal Justice Act aktiv ist, über die Aktionen seit dem das Gesetz durch Parlament gegangen ist.

Am 9.Oktober hat es London die zweite landesweite Demo gegen das neue

Gesetzespaket gegeben. Organisiert wurde die Demo von einem Bündnis verschiedener Organisationen. Es hatte sich alles eingefunden, was in der Linken Beine hat, im Unterschied zu der ersten Demo, da hatte die Linke noch mit Abwesenheit geglänzt.
Zunächst waren mal viel weniger Leute als erwartet da. Sicher nicht über 100000, etwa 40000. Die Demo bewegte sich zügig in Richtung Hyde Park, dabei waren auch drei »Soundwagen« der »Tekknofraktion«. Die Demo folgte dem Weg, den die Bullen mit ihren Körpern und Gittern abgesteckt hatten. Nach einer Stunde landete die Demo im Hyde Park, wo ich dann zunächst eher den Eindruck hatte, auf einer »english teaparty« zu sein. Diverse RednerInnen redeten über die üblichen »linken« Themen - das dies Gesetz ungerecht ist, die Arbeitslosigkeit hoch, mehr Leute Labour wählen müssen, es Leute gibt, die zu unrecht im Knast sitzen... und fast die gesamte Demo saß auf dem Rasen und hat höflich applaudiert. Währenddessen konntest du die diversen Zeitungen meist trotzkistischer Gruppen kaufen. Überraschend wenig Flugis, die sich direkt auf den Tag bezogen, oder einem näher gebracht hätten, warum die Leute genau hier sind.
Nur an einer Ecke des Parks war es weiterhin laut. Dort standen drei »Soundwagen«, von denen der Tekkno rüberdröhnte und ca. 2000 Leute am Tanzen waren. Von da aus entwickelte sich dann auch die Randale. Die Bullen forderten die Leute auf, jetzt die Musik abzudrehen, die Demo wäre zu Ende, sie sollten sich an die Absprachen halten. Aber die Tekknoleute brachten deutlich rüber, daß sie nicht vor haben, wegen dem Gesetz irgendwie auf ihre Sachen verzichten zu wollen. Die Wagen sind dann voll mit Leuten besetzt auf die Bullenreihen zugefahren, die sich daraufhin zurückzogen. Die Wagen und die tanzenden Leute fuhren halb um den Park, dabei wurden immer mal wieder Bullenreihen aufgelöst. Schließlich sind sie doch in den Park gefahren, was dann die Bullen endlich als grobe Verletzung der Absprachen interpretierten. Der Park wurde gestürmt und recht grob geräumt. Die Demo war damit aufgelöst. Eine Stunde später sammelten sich aber an derselben Ecke wieder ein paar tausend Leute und es entwickelte sich eine Schlägerei mit den Bullen, bzw. wurden die umliegenden Nobelläden ein wenig entglast. Das Ganze zog sich bis spät in die Nacht hin, Festnahmen hat es leider auch gegeben.
Am nächsten Tag war von den größten Krawallen seit der Poll Tax die Rede, und die üblichen Geschichten wurden geschrieben, wer denn nun wen provoziert hätte. Abgedruckt wurde z.B. ein Flugi von »Class War«, in dem die Einladung und Tips fürs richtige Steinewerfen zu lesen waren. Ich hab das Flugi weder vor noch auf der Demo gesehen. Es ist allerdings völlig klar, daß auf der Demo ein haufen Leute gewesen waren, denen die »fluffy ideology«, die nicht-konfrontative Ausrichtung der Demo - warum so ein Gesetzespaket, wir tun doch nichts - mächtig auf den Geist gegangen war.
Am nächsten Tag war ich noch bei den Leuten in der besetzten Claremontroad,

also dem momentanen zentralem Ort der Anti-M11 Kampagne. Viele dort haben sich auch gleich von der Randale distanzieren müssen, sprachen von eigenständigen Demos. Auch insofern ist die Kritik aus dem vorletzten Zirkular berechtigt, daß viele Leute auf der Straße nicht unbedingt gemeinsam auf der Straße sind. Was uns nicht daran hindert, die weitere Entwicklung natürlich mit Spannung zu verfolgen.

London, 19.November 1994

Für den Fall, daß Du noch nicht gehört hast, was hier los ist, hier ein paar Infos. Das Gesetz ging am 3. November endgültig durch das Parlament. An dem Tag fand eine Massenbesetzung der M11-Baustelle statt (Straßenprojekt im Osten Londons, Widerstand dagegen hauptsächlich in der Form eines Häuserkampfes), und der »Independent« berichtete am Tag danach, daß die Londoner Polizei entschieden hatte, ihre neue Macht, die ihr das neue Gesetz einbringt, noch nicht zu benutzen. Am 3. November gab es jedenfalls kein großes Problem. Ich bin sicher, Du hast von den Typen gehört, die auf das Dach des Parlaments gestiegen sind und ein Transparent mit den Worten »Brecht das Criminal Justice Act« aufgehängt haben. Das war am 4. November. Am Wochenende danach (also 5./6. November) wurden vier StraßenbaugegnerInnen in Manchester (inzwischen allgemein als die »Manchester 4« bekannt) als erste Menschen unter der neuen Gesetzgebung angeklagt. Sie werden am Montag, den 21. November vor Gericht erscheinen müssen. Fünf Jagdsaboteure (militante JagdgegnerInnen also) in Cambridgeshire sind ebenfalls anhand der neuen Gesetze festgenommen und angeklagt worden, aber bisher weiß ich nichts von ihrem Gerichtsprozeß. Bis jetzt sind nach unseren Informationen nur diese neun Menschen angeklagt worden. Es scheint, daß die Polizei in den verschiedenen Teilen des Landes unterschiedlich handelt, aber wir kriegen immer mehr »vigilante« Angriffe/Anschläge auf »travellers« (WagenburglerInnen) mit. Es hat zwei Sendungen im Channel 4 (TV) gegeben, eine über private Sicherheitsdienste, die Zweite über »travellers« und die Szenen von der "Schlacht in dem Bohnenfeld" (grausame Bullenrandale gegen travellers, 1985). Die ZuschauerInnen scheinen beeindruckt gewesen zu sein. Jedenfalls habe ich auf Aktionen bemerkt, daß die meisten Leute freundlich und solidarisch sind, sogar in Kensington (Londoner Bonzenviertel).
Diese Woche war »CIA-Woche« (»Criminal Injustice Act-Woche«). Es hat seit dem 14. November jeden Tag irgendwo eine Aktion gegeben (außer am Montag und am Freitag, die Ruhetage waren). Die Medien tauchen bei diesen Aktionen zwar auf, aber darüber berichten tun sie dann wenig. Du kannst dich aber darauf verlassen, daß wir einen Weg finden werden, nicht nur ihre Aufmerksamkeit zurückzuerobern!

Paß auf Dich auf J.

Seit J. geschrieben hat, hat es weitere Aktionen gegeben, wie z.B. die Besetzung des Gartens des Innenministers, sowie Krawalle und mehrere Dutzend Festnahmen (WagenburglerInnen und Jagdsaboteure). AktivistInnen erwarten einen warmen Winter nach einem »Guerilla Muster«. Also immer wieder kleinere Aktionen, ein paar Festnahmen, eine Schlägerei..., bis im neuen Jahr bei besserem Wetter die travellers anfangen, mit ihren Wagen rumzuziehen, die ravers ihre große Technoparties im Freien veranstalten, die Kids wieder am Straßeneck rumhängen... Dann wird der Kampf gegen die neue Gesetze endgültig gewonnen oder verloren.

um J. und KollegInnen zu erreichen:
email:freedomnet@gn.apc.org.

Unruhen im Abschiebeknast Glaasmoor

Sonntag (6.11.) weigerten sich die im Abschiebeknast Glasmoor (an der nördlichen Peripherie Hamburgs) sitzenden Flüchtlinge (hauptsächlich aus Algerien und Westafrika, ein paar Türken, ein Russe; insgesamt 76; alle sollen sich beteiligt haben), vom Hofgang in ihre 6er-Zellen-Container zurückzugehen. Soweit uns bisher bekannt, forderten sie, sofort freigelassen zu werden. Der Knastleiter und ein hoher Behördenvertreter verhandelten mit einer Delegation von 4 Gefangenen, die dann zu den anderen zurückgingen und meinten: »Alles OK.« Daraufhin seien alle wieder in ihre Zellen zurückgegangen und die bereitstehenden Bullen wieder abgezogen worden. Am selben Abend berichteten dann alle Nachrichtensendungen und am nächsten Tag die Zeitung, die Gefangenen hätten gefordert, beschleunigt abgeschoben zu werden. Auch ein Taz-Kommentar ging in diese Richtung. Damit macht jetzt die regierende SPD Politik für Beschleunigung der Abschiebungen.
Laut Behörden und Knastleitung sind bei den Verhandlungen am Sonntag lediglich Einzelfallprüfungen zugesagt worden, und z.Z. schleichen Beamte durch den Knast und »interviewen« alle Gefangenen - ohne Anwalt, ohne Vorbereitungsmöglichkeiten usw. Dabei ist noch unklar, ob die Behörden jetzt über den Inhalt der Verhandlungen lügen, ob die 4 Gefangenen das ganze falsch verstanden haben, oder ob es ein Ausdruck unterschiedlicher Auffassungen unter den Gefangenen ist. Angeblich wollen einige tatsächlich schnell abgeschoben werden, auch um schnell ihre illegale Wiedereinreise zu organisieren, während andere sagen, daß Abschiebung ihren Tod bedeutet und sie lieber

10 Jahre in Glasmoor sitzen würden.
All das ist aber noch ziemlich unklar, weil es bisher kaum Kontakte nach drinnen gibt. Zur Zeit werden Namen gesammelt usw. Delegationen von Antira-Telefon, einer linken Pastorin u.ä. sind bisher (obwohl sie in der offiziellen Besuchszeit kamen) abgewiesen worden. Ein Ghanaer vom Dachverband der Afrikaner in Hamburg war gestern drin und hat mit einem ihm bekannten Ghanaer geredet. Der hat ihm erzählt, daß Schließer organisiert Leute (»Rädelsführer«?) zusammengeschlagen haben. Als der Besucher den Anstaltsleiter darauf angesprach, drehte dieser völlig durch und schrie, seine Männer prügelten nicht und der Gefangene werde »zu seinem eigenen Schutz« isoliert werden. Außerdem drohte er dem Gefangenen und dem Besucher gleich Verleumdungsklagen an. Der Gefangene ist schon ins UG verlegt worden.
Die AntirassistInnen wollen jetzt vorrangig Prominente mobilisieren. Außerdem wird es weiter Besuch(sversuch)e da draußen geben und hoffentlich eine Knastkundgebung.

Hamburg, 9.November 1994

P.S. der Zirkularredaktion:
Leider haben wir keine Aktualisierung des Berichtes rechtzeitig bekommen. Außer der telefonischen Info, daß es inzwischen eine Demo gegeben hat und versucht worden ist, Kontakte nach »Innen« zu bekommen.

Antifa - Diskussion

Das folgende ist ein Beitrag von einem Freiburger Genossen, der an unserer Zirkulardebatte teilnimmt. Die Kritik bezieht sich auf den ersten Beitrag der Göttinger. Wichtig war ihm und uns zunächst mal die Feststellung, daß die GöttingerInnen die (M) praktisch von einem »orthodoxen« Autonomenstandpunkt heraus kritisieren. Immer wieder geht es darum, ob die (M) sich an den Themenbereichen der »anderen« Autonomen beteiligt. Tut sie das nicht, wird es als Negativum verbucht. Uns kommt das an vielen Punkten so vor, als wären da Leute beleidigt, weil die (M) was anderes machen, teilweise angeblich außerhalb der normalen Szenestrukturen agieren und das dann auch mit einem konkreten Organisierungsverschlag verbinden wollen.
Vielmehr können wir eurer Kritik bislang nicht entnehmen. Wir sind natürlich nicht der Meinung, daß zu der (M) nicht mehr zu sagen wäre. Aber wir würden die Fragen anders setzen. Z.B. am Punkt der Bündnispolitik. Zu fragen wäre doch, ob eine Organisierung »übers Ghetto rausgeht«, wenn sie mit ein paar Gewerkschaftsfunktionären zusammenhocken. So sieht zumindest die konkrete Bündnispolitik aus, wie sie in einer Veranstalung der (M) hier in Freiburg beschrieben wurde. Wenn sie mit hunderten von GewerkschaftmitgliederInnen über »Antifaschismus« diskutieren würden, wäre das ja erstmal gebongt.
In einem Interview beziehen sie (M) sich auf den antifaschistischen Widerstand der KPD in den 20er Jahren. Was sie nicht sagen ist, was sie damit genau meinen. Nimmt sie sich nur den »Antifaschismus« raus, obwohl der - und damit auch die berühmt berüchtigten Dimitroffthesen - nicht von der Politik, der Klassenanalyse zu trennen ist, die die KPD bzw. die KI seit der »Geburtsstunde« der Weimarer Republik betrieben haben. Zumindest die Verteter der (M), die hier in Freiburg die Veranstaltung gemacht haben, sagten deutlich, daß sie mit einer »Klassenposition« oder »sozialrevolutionären Ansätzen« nichts zu tun haben.
In diesem Kontext müsste dann weiter diskutiert werden. Wir warten auf eure Fortsetzung, werden uns mal die Papiere der (M) besorgen und hoffen bei aller Kritik auf die weitere Auseinandersetzung!

Versuch einer Antwort "über Herr (M) aus Gö"! oder einfach viele Fragen?

Erstmal ist der formulierte Anspruch an eine genauere Auseinandersetzung mit der Antifa (M) auffallend und gut. Denn es stimmt, die meisten Kritikpapiere setzen sich nur oberflächlich mit dem Konzept der Antifa (M) auseinander. In eurem oben genannten Papier wird der Anspruch formuliert, auch etwas über die verschiedenen Auseinandersetzungen transparent zu machen:

"Vieles davon ist über Göttingen hinaus nie bekannt geworden und so wollen wir einen Artikel bringen, der einiges von den Auseinandersetzungen widerspiegelt und versucht transparent zu machen. Dabei versuchen wir, ihre Geschichte und ihr praktisches Verhalten zu skizzieren und endlich die inhaltlichen Grundlagen ihrer Politik zu hinterfragen. Der Artikel soll darüber hinaus eine Zwischenbilanz der (M)-Politik von außen ziehen, ebenso eine Zwischenbilanz der Auseinandersetzungen und Kritik an ihr, sowie eine kritische Auseinandersetzung mit einem Teil der Autonomen Antifa sein."

Ihr beschreibt danach erstmal die Situation in und um Göttingen seit 1988, um dann mit der Beschreibung zu brechen und in Wertungen überzugehen an der Frage des »Sexismus in der Szene«. Zu der Nichtbeteiligung der Antifa (M) an dieser Diskussion sagt ihr: *"Die Antifa (M) war nahezu die einzige autonome Gruppe, die sich weder als Gruppe, noch durch einzelne Mitglieder an dieser Debatte beteiligte, sondern sich dazu gar nicht verhielt, was ihr heftig angekreidet wurde und damit ein Schlaglicht auf das Verhalten der (M) in Debatten wirft."*
Interessant erscheint mir erstmal, daß ihr euch gar nicht über die Vergewaltigung und über die mangelnde Auseinandersetzung in der »Szene« aufregt, als mehr darüber, daß die Antifa (M) sich nicht an dieser im Endeffekt zu nichts führenden Diskussion beteiligte. Ihr schreibt: *"die Sexismusdebatte wurde nicht weitergeführt und somit konnten aus ihr keine weiterführende Prozesse entwikkelt werden"*. Ihr macht für euch einen äußeren Druck dafür verantwortlich, daß es nicht zu einer ernsthaften Auseinandersetzung mit Sexismus und der Gewalt gegen Frauen kam: *"Durch den Druck von "außen" kam es sozusagen zu einer Zwangsauseinandersetzung mit Bullen und Faschos, was wiederum Diskussionen und Entwicklungsprozesse in der Szene hemmte bzw. unmöglich machte."* Ist es nicht merkwürdig, daß es aber ein *"Schlaglicht auf das Verhalten der (M) in Debatten wirft"?*
Deswegen vielleicht, weil sie sich an Debatten, die zu nichts führen, nicht mehr beteiligen. Was Ihr in den Abschnitten: *"1989 and all that. Germany? Never again! 1990 das Jahr der Vereinsgründungen?"* beschrieben habt, und das Resümee was ihr in Bezug auf die Sexismusdebatte daraufhin zieht, ist letztlich, ohne es vielleicht zu bemerken, die seit langem kritisierte autonome Feuerwehrpolitik. Ihr macht damit nichts anderes, als einer Hauptwiderspruchstheorie praktisch ins Horn zu blasen. Es ist ja anscheinend nicht so schlimm, wenn eine Diskussion über Sexismus nicht geführt wird hinsichtlich der schlimmen Verhältnisse, die über einem zusammenschlagen: *"Doch die Ereignisse überschlugen sich ja `89 geradezu."* oder auch: *"Dieser kurze Abriß zeigt, wie stark die Szene in diesen gut anderthalb Jahren durch diese Ereignisse gelenkt und beeinflußt worden ist"*: Ihr macht keine Analyse der Situation oder der Verfaßtheit der »Szene«. Ihr macht äußere Umstände für euer Scheitern in der Frage verant-

wortlich. Ihr macht euch zu Opfern und nicht zu politischen Subjekten die ihr handeln »autonom« bestimmen!

Ich kann euch sagen, auch hier verlaufen diese Debatten im Sande, auch ohne den Druck von außen. Die Gründe müssen also woanders liegen, aber dazu sagt ihr leider nichts. Ich finde es gerade deswegen auch oft richtig, sich aus den Debatten, die einige in der »Szene« (wobei der Sexismus hier sicher ein schlechtes Beispiel ist) gerade für angesagt halten, rauszuhalten. Um eben nicht irgendwann sagen zu müssen, daß durch Zwangsauseinandersetzungen die Sexismusdiskussion oder andere wichtige Diskussionen nicht geführt werden konnten. Eine tiefere Auseinandersetzung kommt mit dieser Art Politik nämlich nie zustande. Deswegen wirft dies für mich noch gar kein Schlaglicht auf das Verhalten der Antifa (M) in Debatten, sondern sagt mehr darüber aus, wie ihr Politik seht und macht. In der Passage über das Frühling 1992 fordert ihr von der (M) praktisch die Teilnahme an der seit langem umstrittenen Kampagnenpolitik ein:
"500 Jahre Kolonialismus und `der Gipfel' waren die szenebeherrschenden Themenbereiche. Trotz des Ansatzes Antifaschismus=Antiimperialismus beobachtete die (M) lediglich die Diskussionen, Planungen und Veranstaltungen. Die (M) konzentrierte sich während dessen voll auf den 2./3. Oktober"
Sicher, es ist eine berechtigte Frage, was genau die (M) mit ihrem Antiimperialismus meint, aber da die Teilnahme an den 500 Jahr Geschichten »anzubieten«, weil das die szenebeherschenden Themenbereiche gewesen sind, hinterfragt das ja nicht.

Über verschiedene Anspielungen in den oben genannten Abschnitten wie: *"bei der die (M) dann auch ihre erste Aktion, die Verteilung von gefälschten Hundertmarkscheinen durchzog"* oder *"die behelmte (M) trabte mit einigen (...) hinter einem Streifenwagen mit Blaulicht her"*, will ich nicht viel sagen. Mensch fragt sich nur was an der obengenannten Aktion durchgezogen sein soll, oder was komisch daran ist hinter einem Streifenwagen herzulaufen? Ich wünsche mir, ihr würdet den Anspruch den ihr euch gesteckt habt Ernst nehmen und erklären was ihr da für eine Kritik habt. Sie transparent machen und die Polemik aufsparen für den Einschätzungsteil. Ein Gemisch aus Polemik und »Fakten und Beschreibung« finde ich gräßlich.

Noch etwas zu dem Abschnitt am Ende "Demos, Razzien und Deeskalation im Jahre 1994." Ihr schreibt zur Bündniskonzeption:
"die sie nach schwerer Kritik anderer AA/BO-Gruppen über den Wert von Bündnissen neu nachdenken ließ und den Kurswert derselben zum Sinken brachte. Auch nach den Juli-Razzien wird diese Linie für die geplante AA/BO-Demo am 19. November zum 5. Todestag von Conny durchgezogen, konsequent auf fast

alle bisherigen Göttinger BündnispartnerInnen verzichtet und die bundesweite Organisation in den Vordergrund gestellt."
Erstens ist das so nicht richtig, da sich an der Demo verschiedene Göttinger Gruppen beteiligten. Dazu bedauerten Antifas aus Gö. in einem Interview mit Radio Dreyeckland Freiburg deutlich, daß sich der DGB und andere nicht beteiligen. Aber auch hier finde ich eher euer Verhältnis merkwürdig. Gehen wir davon aus, es würde so stimmen wie ihr es schreibt. Was wäre denn daran falsch in der Praxis festzustellen wie Bündniskonzepte an ihre Grenzen stoßen und aus der kritischen Reflexion auch Schlüsse zu ziehen, die diese Praxis verändern?

Soweit ein paar Bemerkungen zu Punkten im ersten Teil, kommen wir zum Teil 2!

Ihr sagt: *"Wie aus dem geschichtlichen Abriß ersichtlich, ging die (M) aus einem gescheiterten Bündnisversuch autonomer Gruppen mit anderen politischen Gruppen und Zusammenhängen hervor."* und gleich danach: *"Für die (M) bedeutet Bündnispolitik, daß sie das autonome Ghetto verläßt und "antiimperialistische Inhalte" in die Gesellschaft hineinträgt. Damit relativieren sie gleichzeitig die Bedeutung anderer autonomer Gruppen, die ja nach (M)-Argumentation im Ghetto verharren."* Wenn dem so wäre, daß die Antifa (M) das so meint, ihr bezieht euch nämlich nie auf direkte Papiere oder Zitate von ihnen, dann würde ich dem aus der Erfahrung in Freiburg zustimmen. Wobei jedoch immer noch das Definitionsproblem vorliegt wer denn die »Autonomen Gruppen« sind? Hier bezeichnet sich kaum mehr eine als solche. Auch wissen wir aus der Auseinandersetzung um autonome Politik in den 80 er Jahren, daß sich unter dem Begriff »Autonom« zumeist die diversesten Strömungen fassen ließen. Gemeinsamkeiten in Strategie und Ideologie lassen sich von Gruppe zu Gruppe kaum finden. Vielleicht noch am ehesten, daß mensch keiner Partei angehört. Die Gruppen, die ich noch irgendwie in diesen Topf werfen würde, machen meiner Meinung nach noch immer weitgehend ihre Politik im Ghetto und für das Ghetto. Ohne auch nur das Ziel zu haben zu einer gesellschaftlichen Kraft zu werden, was die Antifa (M) ja als Zielsetzung hat. Was ihr aber an der Antifa (M) kritisiert - das sie die Bedeutung anderer Gruppen relativiert - macht ihr mit oben zitiertem Satz. Die Antifa (M) ist doch nicht nur aus einem »gescheiterten Bündnisversuch« entstanden. Sie haben doch zumindestens versucht eine allgemeinere Analyse der Situation in den 80ern vorzulegen und für sich daraus Schritte in der Praxis abzuleiten. Neben der Notwendigkeit einer Organisierung und dem verankern radikaler Inhalte in einer Breite, z.B. auch eine Kulturkonzeption, als nur ein Beispiel. Weiter geht es mit der Behauptung die Antifa (M) sage, daß alle anderen *"auf der faulen Haut liegen und nichts machen"*. Wie wäre es denn mal damit, uns zu sagen woher ihr das habt?

Genauso wie die Behauptung später dann: die *"Erfahrung u.a. von der Demo am 2. 10. 92, wo (M)-OrdnerInnen im oben genannten Outfit u. a. vor der Deutschen Bank standen, und, Polizeidienste leistend, die Bank vor möglichen militanten Aktionen schützen wollten"*. Auch hier sagten Leute aus Göttingen im Rahmen einer Veranstaltung im September in Freiburg auf Nachfrage, daß diese Behauptung, die ja schon seit langem durch die BRD geistert, nicht stimmen würde. Also, woher habt ihr es, habt ihr es gesehen?

Zum Abschnitt: "Let's have some information tonight."

"Bei von der (M) selber durchgeführten Veranstaltungen stehen oft platte Parolen im Vordergrund, wie Antifaschismus=Antiimperialismus bzw... Internationalismus (...) jedoch die Schlußfolgerungen oft völlig an den geschichtlichen oder heutigen Realitäten vorbeigehen. Ein Beispiel ist die völlige Ablehnung der Soli-Arbeit für Nicaragua, da sie, nach (M)-Einschätzung, nur dem sandinistischen Reformismus geholfen habe."
Ich würde mir auch hier wieder eine genauere Kritik wünschen, die mir als jemand in Freiburg auch deutlich macht, was tatsächlich gesagt wurde. Ein paar Zitate oder längere Abschnitte, die das belegen was ihr sagt, wäre für die Transparenz wichtig. So muß ich eure Schlußfolgerungen mit den platten Parolen glauben oder tue es eben auch nicht. Wo und wann haben sie denn die Soliarbeit völlig abgelehnt? Was ist tatsächlich falsch an der Kritik, daß die Solibewegung auch am Punkt Nicaragua keine Kontinuität mehr hat, oder wenig reale Bezüge nach Nicaragua, als gesamte Bewegung? Ich war oft in Nicaragua und habe noch heute Freunde und GenossInnen dort, die mir genau das bestätigen. Mit dem Sturz des sandinistischen Projektes 1990 gingen die InternationalistInnen, viele Projekte sind verweist und funktionieren nicht oder nicht mehr. Wo sind die Projekte die ihr meint? Eure Schlußfolgerungen dann aus dieser »falschen Einschätzung« sind: *"Interessant an dieser Stelle ist das generelle Umgehen der (M) mit Unverschämtheiten, Absurditäten dieser Art und Beweisen für ihre politischen Realitätsferne bzw. Kurzsichtigkeit."* ???

Veranstaltung zur Novemberrevolution!

Ihr schreibt: *"Bei einer weiteren Veranstaltung zur Novemberrevolution 1918 wurde das Referat praktisch einem Geschichtsbuch entlehnt. Bei der Bedeutung, die gerade die (M) der Revolution 1918 beimißt und bei ihrem Anspruch mit dem Ansatz "Antifaschismus = Antiimperialismus" zur Speerspitze der Revolutionären Kräfte in der BRD zu gehören, erscheint es nicht nur als peinlich, sondern als politisch geradezu kurzsichtig bzw. gefährlich, die Behandlung, Analyse und Einschätzung eines solchen historischen Prozesses nur anhand von BRD bzw. DDR Literatur nachvollziehen zu wollen. Eine eigene*

Herangehensweise mit eigener Analyse, eigenem Blickwinkel und dem Bezug zur gegenwärtigen Realität ist hier unerläßlich." Mich würde wirklich interessieren, wie ihr diesen historischen Moment nachvollziehbar machen wollt und aus welchem Geschichtsbuch das entlehnt sein soll, was gar nicht beschrieben wurde. Sie hätten wohl dabei sein müssen, was anderes kann ich eurer Kritik erstmal nicht entnehmen. Ihr legt wieder nur eure Rückschlüsse hin ohne nachvollziehbar zu machen was denn da jetzt komisch dran war, inhaltlich! Witzig ist eure Fußnote, gespannt blätterte ich weiter um zu erfahren, wo ich zumindest die Quelle eurer Weisheit finden kann. Allerdings mußte ich dann lesen *"4 vgl. dazu Teil 2 der Antifa (M) Kritik (demnächst im Zirkular)."* Da fällt mir nix mehr zu ein, ehrlich!

Zum Abschnitt: Kritik der Antikritik

Ihr zitiert anscheinend die Antifa (M) mal: *"Kritik erscheint immer dann fragwürdig, wo die Art und Weise und ihre inhaltliche Bestimmung keine Konstruktivität erkennen lassen. Kritik um der Kritik willen, ohne Lösungsvorschläge zu bieten, verkommt sehr schnell zu einem sinnentleerten Ritual, das nicht zu einem Klärungsprozeß beiträgt, sondern die Abgrenzung als Ziel hat."* Jetzt ihr darauf: *"D.h. Kritik darf nicht mehr kritisieren, Schwächen und Lücken aufzeigen, bzw. gar inhaltlich sein, sondern muß mit einer Gruppe, die über Einfluß verfügt, verknüpft sein. Gruppen, Organisationen und Namen allein werden zu Argumenten".* Ich kann zwar nicht verstehen, warum aus Namen und Organisationen Argumente werden sollen? Wenn ich das Zitat lese, lese ich nur die Forderung, die eigene Vorstellung auch zu benennen und auch an der Verbesserung zu arbeiten und nicht nur drüber zu reden.

Resümee

Auch mir gefällt einiges nicht an der Antifa (M) und auch ich habe viele Fragen und Kritiken an der Antifa (M) (wozu ich hier und heute jetzt mal nichts gesagt habe und auch nicht will). Aber ich finde es insgesamt ziemlich unbefriedigend, wie ihr eine Kritik an der Antifa (M) formuliert. Ihr werdet meiner Meinung nach dem von euch formulierten Anspruch an keinem Punkt gerecht. Ihr setzt euch inhaltlich eigentlich auch gar nicht mit dem Konzept der Antifa (M) auseinander und leistet schlußendlich auch keine politische Kritik an der Konzeption und der Praxis die damit zusammenhängt. Aber was ich das schlimmste finde, ich weiß gar nicht wer ihr seid, welche Vorstellungen Konzeptionen ihr habt? Welche Praxis und welche Ansätze und aus welchen Analysen sie kommen? Wo ihr darin möglicherweise von der Antifa (M) blockiert seid? Aber auch, wohin ihr wollt? Darüber sagt ihr nichts! An diesem Punkt verstehe ich die Antifa (M), daß sie diese Art Kritik so wie oben formuliert zurückgibt, sie bringt nicht

weiter. Ich kann nur wenig konstruktives darin erkennen. Oder haltet ihr die Antifa (M) für so schädlich für eine Linke, daß sie bekämpft werden muß? Dann sagt es aber auch so!
Es läßt sich an verschiedenen Punkten eurer »Kritik« erahnen welche politischen Vorstellungen ihr habt. So wie ich diese verstehe und mal weiter oben herauzuarbeiten versuchte, finde ich sie eher merkwürdig.

Ihr tragt erstmal nur große Ansprüche vor euch her, die euch möglicherweise nur lähmen. Ihr formuliert an andere, sie sollen sich zu wichtigen Fragen und Debatten äußern. Wo äußert ihr euch zu Internationalismus, Sexismus, Antiimperialismus, der Frage der Gefangenen, Organisierung und antifaschistischer Selbstschutz? Ihr haltet dagegen den autonomen Mythos der Unkontrollierbarkeit hoch. Wohin aber diese Autonome Unkontrollierbarkeit auch schon führte, zu den unkontrollierbaren Schüssen am 2.11.87 an der Startbahn 18 West, mit all seinen verheerenden Folgen. Auch das kommt in eurer »Analyse« nicht vor.

In der Hoffnung auf eine genauere Auseinandersetzung!

Fritz Schäfer

P.S Als Ausdruck der großen Freude, daß unsere Genossin Irmgard Möller endlich endlich nach mehr als 22 Jahren den Knast verlassen kann, zum Abschluß ein Gedicht, was ich zum Aktionstag ihrer Freilassung geschrieben hatte. Es wurde am Aktionstag hier verteilt.

Irmgard Möller
Justizvollzugsanstalt Lübeck

Liebe Irmgard,

Bertolt Brecht sagte einmal
es gibt viele Arten einen Menschen umzubringen.....
was Bertold nicht wußte
sie haben eine weitere hinzugefügt.
Sie entziehen Dir sämtliche Reize
das ist der leise Tod

der saubere Tod
der Deutsche
bei dem kein Blut fließt
man hat ja gelernt

Dieser Tod kommt auf Raten
Tag für Tag
Zelle für Zelle vertrocknet das Gehirn
stirbt der Wille zum Leben, zum Widerstand!

21 Jahre
Knast,
fast die hälfte Deines Lebens
aber Du lebst noch immer.
Sie versuchten es auch schon anders
damals 1977 in Stammheim

Die Maschine mahlt langsam
aber sie mahlt fein

Vollends soll er sein, ihr Sieg
ein psychiatrisches Gutachten
man muß verrückt sein hier zu widerstehen
eine Gewaltverzichtserklärung.
Wir könnten es gut verstehen
aber es wäre auch ein Tod?

Tot sollst Du herauskommen,
gebrochen.
Auf jeden Fall nicht lebendig, aufrecht!

Wir wollen Dich draußen
wir wollen Euch draußen in Freiheit!
ALLE!

Freiheit?
Naja ein wenig mehr Freiheit
Bäume, Blumen, Kinderlachen, Freunde
Freiheit, Freiheit wird es erst geben
wenn die Herrschaft des Menschen über den Menschen beendet ist. vorher nicht.
Dafür leben wir!

Antwort zu dem »Antifaschismusartikel« aus Bremen

Im letzten Zirkular gab es eine Kritik an dem Artikel "Faschismus - Antifaschismus" aus dem Zirkular Nr. 2. Wir, die Verfasser des Artikels, finden es gut, daß jetzt mit dem Text aus Bremen die Diskussion weitergehen kann. In vielen Punkten fühlen wir uns mißverstanden und versuchen dies richtig zu stellen, andere Punkte der Kritik können wir so nicht stehen lassen.

Der erste Punkt ist, wo du die Ungenauigkeit kritisierst, ist sicherlich richtig. In einem Satz die 60er und 70er abzuhandeln und daraus eine Parallele zu den 90ern zu ziehen ist zu oberflächlich. Genauso wie der Begriff "Umbruchzeit" zu schwammig und zu harmlos klingt, wenn mensch an die Wiedervereinigung Deutschlands denkt. 40 Jahre kalter und heißer Krieg zwischen den ehemaligen Blöcken sind plötzlich zu "Ende" und alles geht zur Tagesordnung über. Das triffts wohl wirklich nicht.
Wenn in der Kritik aber von einem offensiven Charakter der Kämpfe in den 60er und 70er Jahren die Rede ist, so stimmt das nicht ganz. Ebenso, daß die 68er Bewegung gegen rechte Strukturen kämpfte, sprich der Antifaschismus deren Wurzel war. Das mag für einige Berliner Studis, die mit ihren "Alten" und deren Nazivergangenheit abrechnen wollten, durchaus zutreffen. Aber welchen Stellenwert mißt du beispielsweise dem Mai 68 in Paris zu, oder den Fabrikkämpfen Anfang der 70er? Und spätestens mit deren Zerschlagung bzw. dem Ende der Bewegung war von offensivem Charakter nichts mehr zu spüren. Gerade dort trifft doch eher unsere These, daß sich dann die radikaleren Kräfte darum bemühten den faschistischen Staat zu entlarven, der nun mit Härte zurückschlug. Und dasselbe wiederholte sich mit dem jeweiligen Niedergang der darauffolgenden Bewegungen. In diesem Zusammenhang verstanden wir die These, daß sich in "Umbruchszeiten", in Zeiten der Krise, die Linken um den "Antifaschismus" sammeln. Und wir wollten sagen, daß es da eine fortschreitende Linie gibt, der "Faschismusvorwurf" zunehmend zum Schlagwort wird, besonders für in die Krise gekommene linke Gruppierungen. Die antifaschistische Analyse kommt über kaum gefüllte Begriffe nur selten hinaus. Deswegen finden wir es auch recht seltsam, daß du in diesem Zusammenhang gerade die "Nie wieder Deutschland" Kampagne als Beleg für die Richtigkeit einer aktuellen Antifa-Einschätzung anführst.

Mit dem Zusammenbrechen des Realsozialismus waren die "Linken" erstmal ziemlich platt. Themen wie die Wiedervereinigung waren vorher höchstens auf den Veranstaltungen der Rechten zu hören. Für Linke war das Thema tabu.
»...von den weltweiten Bundeswehreinsätzen über die Abschaffung des §16 bis zu den rassistischen Angriffen ist ja alles eingetreten, womit gegen die Wiedervereinigung Propaganda gemacht wurde...«

Alle Themen die dabei benannt werden, waren schon vor der Vereinigung auf dem Tisch. Und wir müssen das wohl verpasst haben, daß zu den analysierten "Opfern" auch die Arbeiterinnen zählten, wurden doch gerade die ostdeutschen ArbeiterInnen zu dumpfen Nationalisten abgestempelt, deren Horizont ungefähr von Bananen zu neuen Autos reicht. In dem gesamten Abschnitt wird doch unsere These "von der Antifa als letzte moralische Instanz" nur bestärkt. Die Bewegung blieb im Übrigen nicht nur »rein deutsch«, sondern rein westdeutsch.

Wir sind im Zirkular 3 berechtigterweise wegen nicht klar genug herausgearbeiteten Thesen und teilweise schlampigen Formulierungen kritisiert worden. Nur, was nutzt eine Wiederholung, die sich auf diese Kritik auch nochmal explicit bezieht und ansonsten betont, daß es keine Versöhnung mit verinnerlichten Herrschaftsstrukturen geben kann, also doch Diagnose rassistischer Denkstruktur, und die es unpassend findet, von einer Rebellion von rechts zu reden. Niemand hat davon geredet, niemand hat verlangt, sich mit »lynchenden Rassisten« zu versöhnen, da warten wir im konkreten Fall übrigens auch nicht, ob sie morgen vielleicht ihre Meinung geändert haben.
»Um eine Auseinandersetzung mit den TäterInnen konnte es zum konkreten Zeitpunkt nicht gehen.» Abgesehen davon, daß das Davorstellen vor das Lager eine ziemlich handfeste Auseinandersetzung mit den Tätern darstellt, war die Situation, als das Flugi verteilt wurde eine Andere.
Das war schon die Zeit der Solidaritätsdemos, der »Strafexpeditionen«, wo schon die Bullen zwischen Linken und den Resten der SchönauerInnen standen. In dieser Situation wollte das Flugblatt intervenieren, die eben nicht einheitliche Schönauer Menge polarisieren, die abgelaufenen Ereignisse verurteilen (»das entschuldigt gar nichts«, heißt es in dem Flugi, von Versöhnung ist da nix zu lesen«) und diese Initiative sollte mit einem »positiven Projekt«, um den Begriff aus der Kritik zu nehmen, in Verbindung gebracht werden. Natürlich sind wir auch so schlau und wissen, daß dies nicht so einfach ist, daß sich da nix »umdrehen« läßt, von wegen Klasseneinheit oder so. Aber an dem Punkt dreht sich unsere Diskussion doch nur im Kreis, wenn dann Artikel erscheinen, in denen dann doch - so verstehen wir die Ausführungen in der Kritik, als auch das Morgenlandpapier aus Bremen - die antirassistische Brille aufgezogen werden soll. Was war denn in der erwähnten konkreten Situation möglich, um dem Anspruch »Rassismus als Ausdruck sozialer Verhältnisse« gerecht zu werden? Mit diesem auch von uns immer verwendeten schwammigen Begriff »sozialer Ausdruck« ist bestimmt nicht die immer wieder unterstellte »Entschuldigung«, »Versöhnung« o.Ä. gemeint - uns geht das inzwischen echt auf die Nerven.
Und im Übrigen haben wir noch nie etwas von der politisch korrekten Rebellion gehört. Von ganz unten - nach ganz oben, was soll das sein? An dem Punkt widerlegst du dich doch in deiner Fußnote zum "sozialen Rassismus" selber. An

der Stelle wo du schreibst, daß sich in den Asylheimen von den Romas abgegrenzt wird, wird doch gerade deutlich, daß dein ganz »unten« kein Begriff sein kann, dem automatisch positive Merkmale (richtige Rebellion) zugeordnet werden können. Rassismus wird in deiner Fußnote zum »sozialen Rassimus«, zum Überbegriff, der nicht mehr versucht zu erklären, warum sich solche Verhaltensweisen zu unterschiedlichen Zeiten anders artikulieren, darstellen. *»Integration durch Ausgrenzung anderer«* schreibst du. Sicher ist es in der Geschichte der Migrationsbewegungen oft so gewesen, daß die gerade oder zuletzt eingewanderten Leute von bereits »integrierten« als Bedrohung begriffen werden. Aber was nützt es uns, dies als »sozialen Rassismus« zu begreifen?? Meinst du damit einfach, daß die Leute aufgrund »sozialer Verhältnisse« rassistisch sind oder werden können? Du willst mit dem Begriff «sozialer Rassismus« die Rassismusdebatte aktualisieren, indem du sagst, daß der soziale Rassismus »für die Herrschenden funktionaler« als der »nur biologische Rassismus« ist. Spaltungen innerhalb der Arbeiterklasse sind für das Kapital funktional, stimmt. Aber gerade an der Frage Migration hat das oft in beide Richtungen funktioniert: Migrationsbewegungen haben ArbeiterInnenkämpfe »erschwert«, aber Migrationsbewegungen haben ArbeiterInnenkämpfe oft auch mit sich gebracht, ausgelöst.
»Sozialer Rassimus« kommt als Ausdruck daher, der auf einer begrifflichen Ebene die realen Widersprüche rausnehmen soll - Rassismus auf der einen Seite, den mensch natürlich nicht als angeboren begreifen will, deshalb wird »sozialer« davorgehängt, um zu signalisieren, daß es schon klar ist, daß Rassimus mit den sozialen Verhältnissen zusammenhängt. So wird das aber zum Kreis, der uns blockiert. Irgendwie verwechselst du das, was du gerne hättest oder zum Maßstab nimmst - eine einheitliche antirassitische Arbeiterklasse, mit dem was wir geschrieben haben. Wir haben an keiner Stelle unseres Textes von dieser einheitlichen antirassitischen Arbeiterklasse geredet, wie du es uns unterstellst: *"Warum tut ihr so, als ob die (ganze) Klasse ein Interesse daran hat die rassistischen Verhältnisse aufzubrechen"*. Wir wollten nur rübergebracht wissen, daß wir dagegen sind, Rassismus als Erklärungsmuster zu nehmen (»sozialer Rassismus«). Du redest vom *"radikalen Antirassismus der von ganz unten kommt, von den MigrantInnen selbst.«* Soll das heißen, daß du nur weit genug nach unten gehen mußt, bis du dann auf die "wirklichen" Antirassisten stößt? DIE MigrantInnen gibts genauso wenig wie DEN deutschen Arbeiter. Natürlich wehren sich die Leute, die hier zu Sündenböcken gestempelt werden sollen, natürlich finden wir es richtig dagegen was zu tun, was auch bedeutet den Staat Steine in den Weg zu legen. Aber vor ein paar Jahren wurden die Flüchtlinge noch zum revoltutionären Subjekt erkoren, von dort aus sollte über die Revolution gesprochen werden. Inzwischen gibt es massig Papiere über die Grenzen, die dieser Ansatz gebracht hat. Das das so nicht geht, mal ganz abgesehen von der Feststellung, daß die Flüchtlinge nicht ganz so hilflos sind,

wie sie gerne hingestellt werden. Um nicht mißverstanden zu werden, die Selbstorganisierung von MigrantInnen gibt es ganz sicher, jeden Tag, davon wissen wir wahrscheinlich viel zu wenig, die spielt sich sicher oft in Bahnen ab, die in unsere politischen und organisatorischen Vorstellungen nicht reinpassen. So laufen hier inzwischen viele MigrantInnen ganz selbstverständlich mit Gerätschaften rum, um sich nötigenfallls verteidigen zu können. Aber von der Organisierung mit den MigrantInnen wird inzwischen nur noch mit viel Vorsicht gesprochen, es kommt einem so vor als sollte dies nun ähnlich unkritisch durch die »Selbstorganisierung der MigrantInnen« ersetzt werden.

»Die Gleichsetzung der Antifa mit den Faschos...«
Lies unsren Abschnitt doch nochmal, wir setzen doch nicht Faschos und Antifa gleich, sondern wir warnen davor, in »Demokratiefallen« zu tappen und dem bürgerlichen Staat notwendige Legitimität zu verleihen.
Wenn du wirklich glaubst, daß die Antifa sich im Hinblick auf das Fußballänderspiel "durchgesetzt" hat, geht das ganz schön an den Realitäten vorbei. Der deutsche Staat und die Bullen hätten sich doch die Hände gerieben, wenn sich Antifa und Faschos so richtig gegenseitig fertiggemacht hätten und hätte hinterher den Rechtsstaat gefeiert mit 1000 Festnahmen... Gerade den Staat läßt du in diesem Abschnitt völlig außen vor. Welches Interesse er an Faschos/faschistischen Strukturen und der Antifa hat und welche Rolle er selber darin spielt. Wer sich mit dem/diesem Staat mißt, wer einen Wettlauf mit dem Staat um den besseren/schnelleren Antifaschismus bestreitet, der muß sich doch auch die Frage gefallen lassen, ob er/sie sich nicht dem Staat als besserer Bulle anbietet?

Den Abschnitt über den "Frust der Beteiligten" verstehen wir gar nicht mehr. Wo wir noch versuchen die Attraktivität des Antifaschismus herauszuarbeiten, verbreitest du nur noch Frust. Was denn nun? Ist Antifaschismus nötig oder unnötig. Besser wäre es doch in diesem Zusammenhang Fragen herauszuarbeiten (was wir auch nicht getan haben), die daran anküpfen, was an organisatorischen Strukturen bzw Handlungsmöglichkeiten da sind. Gerade mit der antifaschistischen Jugendbewegung zusammenzuarbeiten, versuchen den Frust oder das "um sich selbst drehen" zu durchbrechen....

»Gut wäre, wenn sich wirklich die wehren, die es betrifft«. Natürlich haben wir nicht sagen wollen, daß sich nur die wehren sollen, die gerade angegriffen werden, und die anderen zuschauen, nichts tun und warten bis sie womöglich an der Reihe sind. Gemeint war eher sich von dieser Stellvertreterpolitik zu verabschieden, sich mit den Füchtlingen, Arbeitsmigrantinnen zu organisieren und nicht für sie. Uns kotzt dieser selbstzufriedene Schützer- und Helferhabitus an, mit dem alles was nicht paßt in die Faschisten- bzw. Rassistenecke gedrückt

wird. Grobschematische Einteilungen in moralisch einwandfrei, von »ganz unten«, u.ä., nützen niemand und haben mit der Realität meistens nichts gemein.

"Erobern wir uns die proletarische Welt",
so war der letzte Abschnitt unseres Artikels überschrieben. So wollten wir ihn auch verstanden wissen, daß wir uns einmischen in die Auseinandersetzungen, die gerade laufen, Positionen beziehen, rausarbeiten was uns schadet und was uns nützt....

Gegen die Welt der Arbeit!!

... darauf würden wir doch mit Nachdruck hinweisen wollen, um den ironischen (!?) Wink der Bremer Zirkularredaktion aufzunehmen. Auch wenn die Bremer in ihrem Zirkular nur »layouttechnisch« nachvollzogen haben, was die Schwäche unserer bisherigen Debatte ist: Blättern wir die bis dato erschienen Zirkulare durch, so findet sich doch eine beachtliche Ansammlung an Berichten, kreuz und quer durch diese »Welt der Arbeit«. Eine Sammlung, die eine Basis sein könnte, um die Schwäche der Zirkulare anzugehen. Diese Berichte und die »politische Debatte« stehen aber bisher getrennt nebeneinander, insofern hat das Layout der Bremer eine gewisse Logik. Aber eine, die wir durchbrechen müssen.
Zu diesem Zwecke ist in Bremen ein AKMU Treffen am 9.12.94 vereinbart worden. Es ist aber notwendig, diesen Schritt nocheinmal zu reflektieren, da wir nicht gerade behaupten können, daß dieser Schritt einer gemeinsamen Diskussion entsprungen ist.
Die Bremer hatten in ihrem Editorial den Hinweis, daß sich noch Leute finden müßten, die das Treffen der Zirkularredaktionen nachbearbeiten. »Der AKMU wird wiederbelebt. Zur Wiederbelebung gehört ein Delegiertentreffen...«, können wir ganz lapidar im Editorial des letzten Zirkulars lesen.
Es ist zu bezweifeln, daß alle an der Zirkulardebatte beteiligten Leute wissen, was der AKMU mal war, welche Funktion er haben kann, bzw. er aktuell haben soll.
Zunächst aber ein Bericht vom Bremer Treffen, um das nochmal diskutierbar zu machen, der allerdings zugleich ein Versuch sein soll, »Resümee« zu ziehen, eine Kritik zu der

Zirkulardebatte seit Biedenkopf.

In Bremen war allen klar, daß es vor einem Folgetreffen für Biedenkopf abzusehen sein muß, an welchen Punkten so ein Treffen über das erste Treffen in Biedenkopf hinausgeht. Ein pures Wiederholungstreffen (laßt uns mal über Rassismus, Klassenkampf und Krise diskutieren...) darf es nicht geben. Für den Konstitutionsprozeß des Zirkularkreises war das erste Treffen in Ordnung, aber für ein zweites wäre ein ähnlicher Charakter zu dünn. Um nicht falsch verstanden zu werden, hier soll nicht in die Kerbe gehauen werden, die immer jammert, wir sind noch nicht soweit, die lokalen Probleme... ein Folgetreffen können wir nicht machen. Stattdessen müssen wir versuchen, die für ein Folgetreffen notwendigen Vorraussetzungen arbeitsteilig festzuklopfen - eine realitische Planung, die die vorhandenen Probleme der noch jungen Zirkulardebatte benennt und ihnen Rechnung trägt.

Das war auch die im Prinzip allen bekannte Ausgangssituation vor dem Bremer Treffen, was sich auch gleich durch das Nichtvorhandensein einer Tagesordnung niederschlug. Das ist nicht als Vorwurf an die Veranstalter gemeint, von uns anderen war das auch nicht vorangetrieben worden. Da aber oben skizzierte Lage allen bekannt war, wurde sich dem zuvor in Berlin erarbeiteten Vorschlag angeschlossen:

1. Debatte um die klassenpolitische Lage (als roter Faden der Text von Roth)
2. politische Debatte, an welchen Punkten entschließen wir uns einzugreifen!?
3. militante Untersuchung - AKMU (Arbeitskreis Militante Untersuchung).

Dieser Punkt muß in Zusammenhang mit Punkt 1 gesehen werden, aber auch an den schon angelaufenen Geschichten anlaufen. Also Bau in Paderborn und Berlin/Potsdam; die Versuche, die rund um die von Köln erstellte »Gruppenarbeitsbroschüre« weitergetrieben werden sollen - Autoindustrie.

Begonnen werden sollte mit Berichten der anwesenden Zirkularredaktionen, um zu wissen auf was und wem die weitere Planung basieren kann. Vertreten waren übrigens Freiburg, Frankfurt, Köln, Hagen, Osnabrück, Paderborn, Berlin, Potsdam, Ludwigshafen/Mannheim, Bremen und Hamburg.

Samstag morgen begann die Debatte aber mit der Auseinandersetzung um den Text von xy zur »Morgenlanddebatte«. Schade ist es doch, daß die Bremer nicht ein paar Gedanken zu der doch immerhin von ihnen initiierten Auseinandersetzung für dieses Zirkular beigesteuert haben. An dieser Stelle soll nur versucht werden, den Kern der Auseinandersetzng nochmal darzustellen. Zentraler Kritikpunkt der meisten Anwesenden war, warum genau so ein Text im Zirkular erscheinen soll. Weil er die Meinung der betreffen-

den Redaktion wiederspiegelt?; weil er ein wichtiger Beitrag zur begonnen Debatte um Rassismus ist??; weil das »Cafe Morgenland« wichtig ist, da es für eine Selbstorganisierung der MigrantInnen steht?
Über den Text wurde dann eigentlich nicht inhaltlich debattiert. Praktisch alle Anwesenden gingen auf deutliche Distanz zu dem Text, auch die lokale Redaktion, die den Text für das Zirkular 9 vorgesehen hatte, gab sich wenig Mühe, den Text inhaltlich zu verteidigen. Alle waren der Meinung, daß nicht alles geschluckt werden muß, nur weil es unter Selbstorganisierung der MigrantInnen geführt wird, und wir dann als »weiße, deutsche Linke« eben auch unangenehme Wahrheiten kommentarlos zu ertragen hätten. Biologistische Argumentationen werden auch nicht besser wenn sie von MigrantInnen geäußert werden. Von »den MigrantInnen« auszugehen ist wohl ebenso irreführend, als von »der deutschen Arbeiterklasse« ausgehen zu wollen.
Als Motiv die für Präsentation des Textes ließ sich dann nur die Absicht vermuten, die Wildcat zu provozieren, damit sie endlich mal sagt, welchen Stellenwert genau sie der »antirassistischen Debatte« zuordnet. Mal (nur schwer) abgesehen vom Stil des Textes und der Art der Präsentation, wäre dies aber auch so nicht nachzuvollziehen. Die Debatte um den Morgenlandtext ist über ein halbes Jahr brachgelegen, die einzigen Zirkularbeiträge, die sich um das Thema Rassismus drehten sind ansonsten meist von der in diesem Text angegriffenen Person beigetragen worden, ohne das darauf reagiert worden wäre. Auch in Biedenkopf nicht.
Rassismus war eines der in Biedenkopf angerissenen Themen und auch beim ersten Zirkulartreffen in Göttingen wurde eine Weiterarbeit an diesem Thema beschlossen. Das ist nicht geschehen, daran ändert auch die Vorstellung des Claussenbuches im Zirkular 7 nichts. Das sollte aber nicht bedeuten, daß wir wieder »bei null« anfangen müssen. Kleinster gemeinsamer Nenner in Biedenkopf, und der wurde auch in Bremen wieder angeboten, war doch die Vorgabe, daß wir Rassismus durch den Klassenkampf hindurch diskutierbar machen wollen. Sicher, es gibt andere Meinungen und andere politische Strategien, aber zu fragen ist, was uns ein Papier bringen soll, was dieser Vorgabe doch nun - gelinde gesagt, eine klare Absage erteilt.
Die Wildcat hat in ihren Vorgaben für das Treffen in Biedenkopf Rassismus als mit zentralen Punkt auf die Tagesodnung gesetzt, und insofern ist es richtig, sie da auch an der Nase zu packen. Dabei sollte aber schon miterwähnt werden, was denn die eigene Nase gerne riechen würde. Es ist ziemlich unerträglich, immer wieder Beiträge lesen zu müssen, in denen quasi unterstellt wird, wir würden zur Versöhnung mit »Lynchjustiz übenden Rassisten« aufrufen, anders sind bestimmte Passagen der Bremer Kritik an dem

Freiburger »Faschismuspapier« in Zirk 2 kaum zu verstehen. Es ist uns schon klar, daß diese Debatte gerade bei einem Kreis, dessen genauere Zusammenarbeit noch nicht ausgemacht ist, einer genauen Argumentation bedarf, und die ständige Wiederholung bestimmter Vorwürfe auch daran liegen mag, daß wir es scheinbar nicht schaffen, unsere Position transparent genug darzustellen. Wir werden in unserer Kritik am »Antifabeitrag« aus Bremen auf diese Debatte zurückkommen.

»...ein Folgetreffen dann, wenn es Ergebnisse gibt...«

So sinngemäß ein Zitat vom Bremer Treffen. Die Auseinandersetzung um das Morgenlandpapier endete unbefriedigend und abrupt, eigentlich nur mit dem Hinweis der Bremer, sie würden das Ganze nocheinmal diskutieren. Die BerlinerInnen versprachen ein Interview mit den Leuten von »Antifa Genclik« zu machen, um etwas zu der zum Mythos werdenden Selbstorganisierung der MigrantInnen beizusteuern.
Es folgten die Berichte aus den verschiedenen Städten. Diese Berichte möchte und kann ich nicht wiedergeben. Aus fast allen Städten wurde berichtet, daß es keine Gruppen gäbe, die als »Zirkulargruppen« bezeichnet werden könnten, es keine konkreten Projekte in den Städten geben würde. Auch wenn die meisten Berichte realen Verhältnissen geschuldet sein mögen, so ist es im nachhinein doch fast allen vorzuwerfen, sich auf das Bremer Treffen nicht besser vorbereitet zu haben. Fast alle Berichte keine weiteren Gedanken beisteuern konnten, als bei uns läuft wenig, weil... Das ist deswegen wichtig, weil es bestimmt nicht nur an der blöd gelaufenen »Morgenland« Auseinandersetzung gelegen hat, daß wir uns so schwer getan haben.
Die weitere Debatte um die Ausrichtung eines Folgetreffens war dann zäh, Ideen gab es wenige. Auch der Potsdamer Vorschlag, im Sommer ein »Schulungscamp« auszurichten, ist auf wenig Ressonanz gestoßen. An diesem Punkt hatten wir uns eigentlich so ziemlich den Boden unter den Füßen weggezogen, was die »Produktion« der für ein Folgetreffen notwendigen Ergebnisse betrifft.

Der Boom wird erfahrbar und die Kämpfe beginnen, oder, die alten Tücken einer neuen - alten!? - Arbeitsorganisation werden angegriffen.
Die Widersprüche brechen auf, Teile der Arbeiterklasse beginnen zu kämpfen!

So vielleicht die einzige in Erinnerung gebliebene These des Bremer Treffens. Basierend auf den Berichten, die wir über die Streiks in der Autoindustrie vor allem in Belgien und den USA, vorliegen haben. Hinzu kam auf dem Treffen ein Bericht über die Disskusion der »Autokoordination«. Ein bundesweites Treffen linker Gewerkschaftsleute, wo dem Bericht zur Folge die möglicherweise

anstehenden Kämpfe der ArbeiterInnen gegen die Gruppenarbeit diskutiert wurden und die Überzeugung ausgesprochen wurde, daß da von der Gewerkschaft nichts zu erwarten sei.
Diesem Bericht schloß sich ein kurzes Referat an, was die genauere Bedeutung des Rothtextes beleuchten sollte. Es liegt nicht schriftlich vor, deshalb hier nur der Versuch, die zentralen Aussagen wiederzugeben:
Der Text von Roth hat den Vorzug, die Zentraliät der Kämpfe der ArbeiterInnen nicht nur zu behaupten, sondern dies in einem globalen Kontext versucht wird zu belegen. Der Text insofern der »möglichen Revolution« näher ist, als wir das oft sind, da wir es schon länger nicht mehr geschafft haben, die Kämpfe über die wir berichten in einen materialistischen Zusammenhang zu bringen. Dieser Eindruck verschwindet allerdings zunehmend, wenn wir den Text genauer lesen. Dann wird bei fast allen seinen Themen deutlich, daß er meist falsch und irreführend analysiert, sich die Zentralität der ArbeiteInnen in eine Aneinanderreihung von Schichten der ArbeiterInnen und deren unterschiedlichen Betroffenheit durch Deregulierungsprogramme auflöst. An keinen Punkt ergibt sich dann materialistisch die Möglichkeit einer praktischen Initiative, wie er sie zum Schluß einfordert. Insofern ist der Text ein Arbeitsauftrag, nur der rote Faden für die noch ausstehende Untersuchung, wir müssen es »besser machen«!!

Die nächste Karte müssen wir auspielen!!

Roth hat mit seinem Text einen »klassenpolitischen« Akzent in der Linken gesetzt. Jetzt aber sind wir an der Reihe. Und es ist fraglich, ob uns der Text von Roth dabei wirklich eine Hilfe sein kann. Die Gruppen - Freiburg/Berlin -, die schon länger versuchen, den Text zu diskutieren, sind noch zu keinen Ergebnissen gekommen. Es kann also nicht Ziel sein, der »grandiosen Sicht der Welt« von Roth ein ebensolches Werk entgegenzustellen zu wollen.
An welchem Punkt aber sind wir in der Lage, die nächste Karte auszuspielen? Wir haben inzwischen eine Reihe Informationen, die für einen sich abzeichnenden Neubeginn der ArbeiterInnenkämpfe sprechen, auch bei aller Vorsicht die sicher geboten ist. Auch deswegen, weil viele unserer Informationen noch oft aus »zweiter Hand« sind, wir konkret über diese Kämpfe wenig wissen. Streiks in Spanien, Belgien, Italien und Frankreich, über die mit wenigen Ausnahmen nichts über die nationalen Grenzen hinaus zu erfahren ist. Aber gerade deswegen macht es Sinn, auf dem Treffen am 9.12. endlich in die Debatte einzusteigen:
- Diskussion um die Vorliegenden Untersuchungsergebnisse/Initiativen aus unserem Kreis.
- Wie schätzen wir die Kämpfe ein, über die wir berichten, schon berichtet haben? Der Boom ist für alle erfahrbar. Insofern wäre es eine bittere Niederlage, wenn er ohne

erfolgreiche Kämpfe abgehen würde. Wobei erfolgreich nicht nur mehr Geld meint, sondern auch Kämpfe gegen die Arbeit.

Und der Zirkularkreis??

Der Boden war zunächst also ziemlich brüchig geworden, und das anvisierte AKMU Treffen hatte eher den Charakter eines Rettungsankers als den eines neuen Bodens. Was müsste auf dem Treffen am 9.12. diskutiert werden, damit sich das ändert!?
Erstmal sieht es so aus aus, daß sich am 9.12. die Leute treffen, die oben skizzierte Debatte anpacken wollen. Ob dies gleich die Neugründung des AKMU sein kann, wird sich zeigen. Der AKMU war Mitte der 80er Jahre ein Arbeitskreis der Wildcat, der unterschiedliche Funktionen haben sollte. Gemachte Erfahrungen in den »Jobberinitiativen« sollten aufgearbeitet werden. Der Arbeitskreis sollte es ermöglichen, die in den verschiedenen Ausbeutungssituationen gemachten Erfahrungen zu politischen Einschätzungen zu verdichten. Er hat es aber auch ermöglicht, in schlechten Zeiten - Klassenkämpfe waren auch nicht gerade am Toben und große Teile der Linken redeten über das Ende der Arbeit, Fabriken ohne ArbeiterInnen... - als »militante Klassenfraktion« zu überleben.
Einiges davon trifft auch auf die heutige Situation zu. »Das Ende der Arbeiterklasse« wird heutzutage zwar nicht mehr mit menschenleeren Fabriken begründet, daß wäre offensichtlich absurd, aber politisch führen die Debatten an den Punkten Rassismus/Nationalismus oft zu ähnlichen Konsequenzen: es werden ein Menge Gründe gefunden, die dagegen sprechen, über unsere Möglichkeiten zu sprechen, in die aktuellen Auseinandersetzungen einzugreifen. Insofern braucht es ein Treffen, auf dem wir nicht erst diskutieren, ob das überhaupt richtig ist, was dabei denn rauskommen soll.
Aber, wer A sagt sollte auch B sagen. Der Zirkularkreis hat sich als Diskussionszusammenhang konstituiert. Nur an den Themen Rassismus und Antifaschismus hat sich eine gewisse Auseinandersetzung entwickelt. Aber die dreht sich im Moment ziemlich im Kreis. Deswegen sollte auf dem Treffen am 9.12. auch an diesem Punkt nochmal nachgehakt werden. Ein Vorschlag wäre, daß sich die bisherigen Protagonisten dieser Debatte über ein weiteres Vorgehen verständigen. Hierfür sind zwei Fahrpläne vorstellbar:
- Alle bisherigen Beiträge zu dem Thema nochmal vornehmen und komprimiert als »Zwischenergebnisse« aufarbeiten.
- ehrgeiziger wäre der Vorschlag, daß Leute sich an der Herstellung eines Theklas zu diesen Themen beteiligen. Vorstellungen davon gab es schon, auch darüber kann auf dem Treffen geredet werden.

Bessere Laune, mehr Ideen, Optimismus und Mut für uns alle!!

Freiburg, 28.11.94